Alt werden im Quartier – Kooperationen für wohnortnahe Dienstleistungen. Dokumentation des fünften Fachgesprächs „Wohnungsunternehmen als Akteure in der integrierten Stadt(teil)entwicklung“

Gemeinschaftsinitiative Equal
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
EUROPÄISCHE UNION Europäischer Sozialfonds
LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH
IS NRW.

Alt werden im Quartier – Kooperationen für wohnortnahe Dienstleistungen

Dokumentation des fünften Fachgesprächs

„Wohnungsunternehmen als Akteure in der integrierten Stadt(teil)entwicklung“

am 25. April 2006 in Dortmund

Veranstalter des Fachgesprächs:

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW)

und

LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH

Herausgeber:

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW)

Fachbereich Stadtentwicklung und Wohnungswesen

und

LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH

Dortmund/Ratingen, September 2006

ILS NRW 2006. Alle Rechte vorbehalten.

Zur Veranstaltungsreihe

Die Veranstaltungsreihe „Wohnungsunternehmen als Akteure der integrierten Stadt(teil)-entwicklung“ wird vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen in Kooperation mit der LEG Arbeitsmarkt und Strukturentwicklung GmbH durchgeführt.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen stehen Wohnungsunternehmen und Akteure der Stadt(teil)entwicklung vor großen Herausforderungen. Gerade in benachteiligten Stadtteilen verschärfen Wohnungsleerstände, hohe Fluktuationsraten, Segregationsprozesse sowie soziale und kulturelle Konflikte die bestehenden Problemlagen.

Seit 1993 wird seitens der Stadtentwicklung mit dem Programm „Soziale Stadt“ der Ansatz verfolgt, vorhandene Kräfte unterschiedlicher Akteure zu mobilisieren und zu bündeln, um den Prozess des Strukturwandels positiv zu gestalten. Zentrale Kooperationspartner in diesem Zusammenhang sind die in den Stadtteilen tätigen Wohnungsunternehmen.

Die Veranstaltungsreihe „Wohnungsunternehmen als Akteure der integrierten Stadt(teil)-entwicklung“ hat das Ziel, die zum Teil schon sehr gute Zusammenarbeit zwischen den Wohnungsunternehmen und den Kommunen weiter zu intensivieren und anhand aktueller Themen bestehende Ansätze einer stärkeren Einbindung von Wohnungsunternehmen in die Stadt(teil)entwicklung vorzustellen und zu diskutieren. Ziel ist es nicht, fertige Lösungen zu bieten. Die Fachgespräche dienen vielmehr als Forum für einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Die Ergebnisse werden in Form von Readern dokumentiert.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 5

Ralf Zimmer-Hegmann, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW)

Kooperationen im Quartier – Dienstleistungen und Unterstützungsangebote für ältere Menschen 7

Dr. Tamara Frankenberger, LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH und Harald Wölter, freier Mitarbeiter des ILS NRW

Gemeinsame Strategie von Kommune und Wohnungswirtschaft in Mülheim an der Ruhr ……. 16

Ulrich Ernst, Stadtkanzlei Mülheim an der Ruhr und
Frank Esser, Mülheimer Wohnungsbau e. G.

Golden greys in silver city oder alt werden im Quartier? 23

Angelika Simbriger, Klaus Novy Institut, Köln

Ältere Migrant/innen in Duisburg – Alt werden in der fremden Heimat 33

Türkan Yilmaz, Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg-Essen und
Brigitte Grandt, Entwicklungsgesellschaft Duisburg

Wohngemeinschaften mit qualifizierter, ambulanter Pflege in der Rhein-Ruhr Region 41

Margarete Decher, Zukunftsinstitut Pflege e.V., Castrop-Rauxel

Zusammenfassung der abschließenden Diskussion 49

Einleitung

Ralf Zimmer-Hegmann, Leiter des Fachbereichs Stadtentwicklung und Wohnungswesen, ILS NRW

Der Begriff des demographischen Wandels wird in der aktuellen Diskussion immer wieder angeführt, um die steigende Notwendigkeit der Kooperation von Wohnungsunternehmen und Kommunen bei der Stadtteilentwicklung zu erklären. Der als problematisch empfundene demographische Wandel umfasst neben sinkenden Bevölkerungszahlen die Alterung der Gesamtbevölkerung. Die Verschiebungen der Altersstruktur sind eine unmittelbare Folge der gesunkenen Geburtenraten, da die geburtenstarken Jahrgänge – die derzeit um die 40jährigen – sich in der Alterspyramide nach oben verschieben.

Die Alterung der Bevölkerung wird durch eine steigende Lebenserwartung verstärkt – sie liegt in Deutschland für heute geborene Mädchen bei über 80 Jahren sowie für Jungen bei fast 75 Jahren. In Nordrhein-Westfalen wird der Altenquotient als die Anzahl der 65jährigen und älteren Personen je 100 Personen im erwerbstätigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren von derzeit (Stand 01.01.2005) rund 31 auf rund 54 im Jahr 2050 steigen. Er wird zwischen 2020 und 2035 besonders stark zunehmen, da hier die stark besetzten Jahrgänge von 1955 bis 1970 das Renteneintrittsalter erreichen.[1] Die Alterung wird durch internationale Wanderungen kurzfristig abgeschwächt. Migranten sind in der Regel jünger als die ansässige Bevölkerung. Allerdings kann Zuwanderung die Alterung nicht verhindern, nur verlangsamen.

Ebenso wie für die Bevölkerungsentwicklung gilt auch für die Alterung der Bevölkerung: Sie verläuft zwischen Kreisen und kreisfreien Städten strukturell unterschiedlich. In den kreisfreien Städten (insbesondere des Ruhrgebiets und des Bergischen Lands) hat sich bereits in den letzten Jahrzehnten (vor allem durch Suburbanisierungsprozesse und vom Strukturwandel bedingte Abwanderungen von jungen und mobilen Bevölkerungsgruppen) ein starker Alterungsprozess vollzogen. In den Kreisen kommt es jetzt zu einer nachholenden Entwicklung: Die nach wie vor geringe Geburtenrate, abnehmende Zuzüge von Familien und die allgemein steigende Lebenserwartung führt dort zu einem starken Alterungsprozess. Von einer solch schnellen Alterung sind beispielsweise die Kreise Borken, Coesfeld, Euskirchen, Heinsberg, Kleve sowie der Kreis Paderborn und der Rhein-Sieg-Kreis betroffen.

In einigen Siedlungen des Ruhrgebiets sind bereits heute über 50% der Bewohner/innen über 60 Jahre alt. Der Anteil der hochaltrigen Menschen, die alleine leben, liegt bei fast 60%. Auch die wachsende Zahl der älteren MigrantInnen benötigen Angebote, die auf ihre Lebenssituation zugeschnitten sind. Dennoch sind Versorgungs- und Wohnkonzepte verbunden mit wohnortnahen Dienstleistungen für ältere Menschen immer noch rar.

---

[1] vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hg.) (2006): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2005 bis 2025/2050. Statistische Analysen und Studien NRW Band 31 (korrigierte Fassung). Düsseldorf. Allerdings ist der Altenquotient abhängig von den definierten Altersgrenzen. Verschiebt sich das tatsächliche Renteneintrittsalter auf 60 Jahre, würde sein Niveau wesentlich höher liegen; verschiebt es sich auf 67 Jahre, würde das Niveau geringer ausfallen.

Der bereits bestehende und in Zukunft weiter steigende Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung und in unseren Quartieren erfordert den Aufbau wohnortnaher Angebote, die ein selbst bestimmtes Leben bis ins hohe Alter gewährleisten können. Neben baulich-technischen Aspekten geht es dabei um bedarfsgerechte haushalts- und personenbezogene Dienstleistungen für Ältere.

Diese Anforderungen erfordern eine enge Zusammenarbeit von Wohnungswirtschaft, Kommunen und anderen Akteuren bei der Entwicklung wohnortnaher Dienstleistungen für das Alt werden im Quartier.

Der vorliegende Reader dokumentiert die Vorträge und Ergebnisse der Veranstaltung „Alt werden im Quartier – Kooperationen für wohnortnahe Dienstleistungen“, die in Kooperation zwischen dem ILS NRW und der LEG AS am 25.04.2006 stattgefunden hat.

Kooperationen im Quartier – Dienstleistungen und Unterstützungsangebote für ältere Menschen

Dr. Tamara Frankenberger, LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH und

Harald Wölter, freier Mitarbeiter des ILS NRW

Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich ansteigen. Dabei wird der Anteil der Menschen, die im Alter alleine und ohne Angehörige leben werden, weiter zunehmen. Demgegenüber steht eine kontinuierliche Abnahme der Anzahl jüngerer Menschen. Dies führt zu einem demografischen und sozialen Wandel in den Wohnquartieren und Gemeinden, vielerorts auch zu sinkenden Einwohnerzahlen.

„Alt werden im Quartier“ ist sowohl das Thema der Untersuchung „Wohnen im Alter im Quartier“ des ILS NRW als auch des Projektes „Silberdienste – Wohnortnahe Dienstleistungen für ältere Menschen“ der LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung (LEG AS). Die als handlungsleitend formulierten Grundsätze der ILS Untersuchung für die Recherche nach guten Praxisbeispielen gelten auch für das Projekt „Silberdienste“.

- Orientierung an den Wünschen und Bedürfnissen älterer Menschen
- Selbstbestimmtes Wohnen und Individualität sichern helfen
- vorrangig Hilfe- und Wohnangebote im normalen Wohnumfeld verankern statt weitere Sondereinrichtungen schaffen
- Wohnraum für alle Lebenssituationen schaffen
- Lebensqualität ist mehr als nur die Qualität von Pflege
- Infrastruktur für alle Generationen im Wohnquartier schaffen

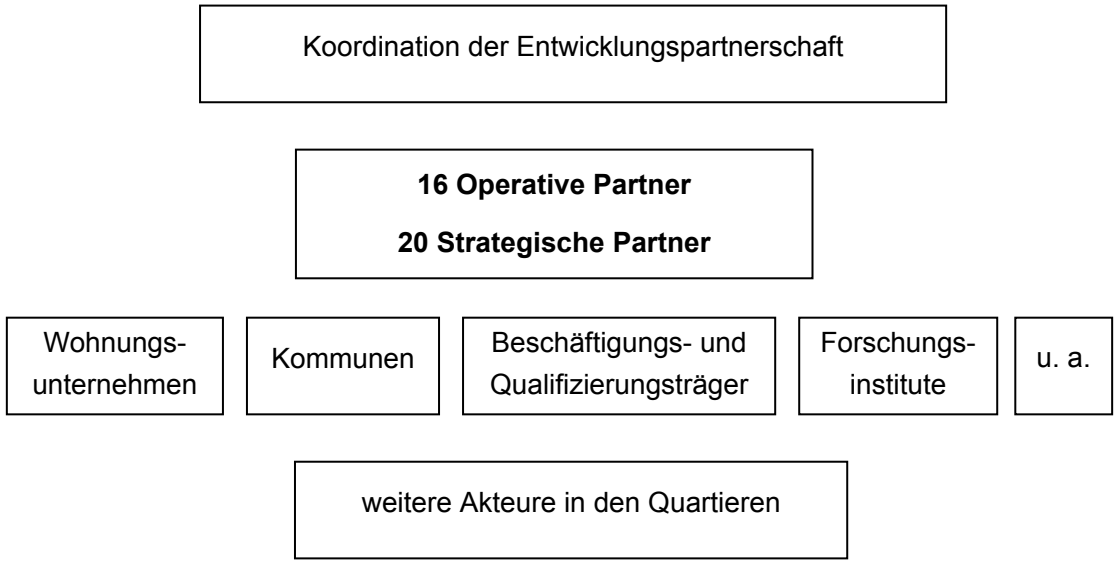
Erster Teil: Die Entwicklungspartnerschaft „Silberdienste“

Der von der EU geprägte Begriff der Entwicklungspartnerschaft steht im Wesentlichen für ein Netzwerk von Partnern, das gemeinsam eine Strategie und Projekte entwickelt. Dem offiziellen Projekttitel „Wohnortnahe Dienstleistungen für ältere Menschen“ stellte die Entwicklungspartnerschaft den Begriff „Silberdienste“ in Anlehnung an die Silver Economy voran. Neben den Aspekten Quartiersbezug und Lebensqualität für ältere Menschen sowie deren Angehörige, die in den oben genannten Grundsätzen stecken, gibt es einen weiteren Aspekt, der Motiv für die Initiierung von Silberdienste war. Der zusätzliche Aspekt heißt Dienstleistungen: Dienstleistungen im Sinne einer Unterstützung im Alltag tragen wesentlich zu einem selbst bestimmten und möglichst selbstständigen Leben älterer Menschen bei und entlasten sowohl öffentliche Haushalte als auch Angehörige. Deshalb ist es ein zentrales Anliegen von Silberdienste, Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu schaffen und vorhandene zu stabilisieren, d.h.:

- Das Projekt Silberdienste will dazu beitragen, tragfähige Strukturen für personen-, haushalts-, unternehmensbezogene und soziale Dienstleistungen in NRW aufzubauen.
- Die Dienstleistungen müssen qualifiziert, passgenau, bezahlbar, nachhaltig und marktfähig sein.

Das Projekt wird im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL seit 2005 bis Ende 2007 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und ist ein arbeitsmarktpolitisches EU-Programm (www.equal.de). EQUAL bietet Raum zum Experimentieren und neben Innovation, Chancengleichheit und Qualifizierung sind Vernetzung und Kooperation die zentralen Aspekte des Programms.

Im Folgenden geht es also um die Kooperation und die Vernetzung in der Entwicklungspartnerschaft. Das Fundament der Überlegungen ist ein quartiersbezogener Ansatz, der die Grundversorgung auch einkommensschwächerer Haushalte berücksichtigt. Wir wollen ein umfassendes und ganzheitliches Angebot entwickeln. Und dabei liegt das Innovative manchmal „nur“ in der intelligenten Verknüpfung von bereits Vorhandenem. In diesem Sinne arbeiten 16 Projektträger – auch Operative Partner genannt – und 20 Strategische Partner aus NRW zusammen. Die Entwicklungspartnerschaft ist wie folgt aufgebaut:



Die Partner kommen überwiegend aus dem Ruhrgebiet und den angrenzenden Regionen. Neben den im Schaubild genannten Akteuren (Wohnungsunternehmen, Kommunen und kommunale Unternehmen, Forschungsinstitute, Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger) gehören der Entwicklungspartnerschaft weitere Akteure an, z.B. ein Verein aus dem pflegewissenschaftlichen Bereich, das Handwerkszentrum "Wohnen im Alter" der Handwerkskammer Düsseldorf, eine Wohnberatungsstelle und die Landesinitiative Seniorenwirtschaft an.

Koordiniert wird die Entwicklungspartnerschaft von der LEG AS. Die operativen Partner setzen konkrete Projekte um und tragen Ergebnisverantwortung. Die Mehrheit unserer Strategischen Partner ist konkret in die Projekte vor Ort involviert. Gemeinsam mit weiteren

Akteuren in den Quartieren entwickeln die Partner möglichst kleinräumig vernetzte Strukturen und arbeiten an bedarfsorientierten, zukunftsfähigen Dienstleistungen für Senior/innen sowie an der erforderlichen Qualifizierung der Dienstleistungsanbieter und deren Mitarbeiter/innen. Der Ansatz des gesamten Projektes ist praxis- und ergebnisorientiert. So sind auf der operativen Ebene 35 Mitarbeiter/innen in die Arbeit der Teilprojekte involviert, bei den Strategischen Partner sind es über 30 Mitarbeiter/innen und fast 500 Teilnehmer/innen werden in 2½ Jahren qualifiziert und beschäftigt.

Die nachfolgenden Vorträge auf diesem Fachgespräch präsentieren Beispiele für Kooperationen und gleichzeitig wesentliche Handlungsfelder der gesamten Entwicklungspartnerschaft.

Zwei Thesen sind zentral für die Umsetzung der quartiersbezogenen Kooperationen.

- Für das Quartier passende Dienstleistungen, Infrastruktur- und Wohnraumangebote können nur im Rahmen verlässlicher Kooperationen entwickelt und umgesetzt werden.
- Professionelle Dienstleistungen alleine sind nicht bezahlbar. Informelle Dienstleistungen von Nachbarschaften und Freiwilligen sind alleine nicht leistbar. Deshalb kann nur eine Mischung aus professionellen und informellen Angeboten und Strukturen die Lösung sein.

Quartiersbezogene Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung – im Sinne von Nachbarschaften, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe – werden nach unserer Einschätzung zukünftig einen hohen Stellenwert haben. Wichtig erscheint uns, dass ältere Menschen möglichst im Quartier eine Anlaufstelle haben, wo sie informiert und beraten werden, wie sie ihre Bedarfe decken und ihre Wünsche befriedigen können. Dabei ist ein breites Angebotsspektrum aus einem Verbund – am besten mit einem Ansprechpartner – von verschiedenen Anbietern ratsam, auch um zusätzliche Nachfragen zu erschließen. Für viele Dienstleistungen, in deren Fokus häufig die älteren Mieter/innen stehen, gilt ähnlich wie in Bezug auf Themen wie Barrierearmut: Was Älteren nutzt, nutzt auch Jüngeren.

Der Entwicklungspartnerschaft geht es um Vernetzung im Quartier, Vernetzung von Bewohner/innen, Wohnungsunternehmen, kommunalen Stellen, ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen wie dem Einzelhandel, Ehrenamts- oder Freiwilligenagenturen usw. – jeweils abhängig von der lokalen Situation, dem gemeinsamen Ziel, der gemeinsamen Idee. Hier gilt es, verlässliche Kooperationen zu schaffen, die die benötigten Dienstleistungen anbieten können. Auch wenn die Entwicklungspartnerschaft erst einmal nur auf dem Weg und weit davon entfernt ist, irgendwelche Patentlösungen oder Rezepte geben zu können, lautet ein Fazit aus den bisherigen Erfahrungen:

Die Ansätze für das quartiersbezogene Wohnen im Alter werden vielfältig sein. Es wird nicht den Prototypen geben und ohne Kooperationen und Vernetzungen wird es nicht funktionieren. Dazu zählt professionelle Arbeit aus Privat- und Sozialwirtschaft, bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe, wohnungswirtschaftliche und kommunale Mitwirkung.

Zweiter Teil: Die Untersuchung „Wohnen im Alter im Quartier“

Die Gestaltung des demografischen Wandels in den Kommunen ist eine übergreifende Zukunftsaufgabe der Stadt-, Quartiers-, Verkehrs- und Sozialplanung. Hierzu gehören die gemeinsame Planung eines barrierefreien Wohnumfeldes sowie einer entsprechenden Infrastruktur und Ausrichtung des Öffentlichen Nahverkehrs, die Einbeziehung der kommunalen Sozial- und Pflegeplanung in die Stadt-, Quartiers- und Infrastrukturplanung sowie eine integrierte Entwicklung von Quartieren mit besonderen Problemlagen, um bauliche und soziale Ghettostrukturen zu vermeiden.

Fragestellungen des Berichtes

Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen sind bislang überwiegend als einzelne Projekte und Angebotsformen betrachtet und weniger als ein Baustein in einem integrierten, quartiersbezogenen Gesamtkonzept behandelt worden. Auch die bislang ausgewiesenen Projekte quartiersbezogener Wohnkonzepte, wie sie beispielsweise im Rahmen des von der Bertelsmann-Stiftung durchgeführten Wettbewerbs „Leben und Wohnen im Alter“ dargestellt werden, sind überwiegend auf Angebote einzelner Projektträger – oft Wohnungsunternehmen – und ihrer Kooperationspartner beschränkt. In der Regel sind mit diesen Konzepten noch keine Lösungen für Stadtteile oder gar Kommunen verbunden.

Im Rahmen der Untersuchung des ILS NRW wurden nun integrierte und quartiersbezogene Ansätze zum Wohnen im Alter in zwölf ausgesuchten Kommunen und Kreisen in Deutschland aufgezeigt. Im Einzelnen sind dies Bielefeld, Dortmund, Arnsberg, Köln, Mönchengladbach, Münster, Kassel, Berlin, Braunschweig, Freiburg und die Kreise Unna und Potsdam-Mittelmark. Von entscheidender Bedeutung für die Bewertung ist dabei die Einordnung der Quartierskonzepte in die kommunale Gesamtplanung und die Beantwortung der Frage, inwieweit das Konzept auch eine Perspektive für die Kommune insgesamt darstellt.

In dem Bericht wird u.a. folgenden Fragestellungen nachgegangen:

- Welche Rolle spielen Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen in der kommunalen Wohnungs- und Stadtplanung?
- Bestehen in den Kommunen Gesamtkonzepte für die Weiterentwicklung der Wohn-, Pflege- und Serviceangebote?
- Inwieweit sind diese Konzepte in die Stadtentwicklungs- als auch in die Wohnquartiersplanung integriert?
- Gibt es im benachbarten Ausland Vorbilder, die entsprechende Impulse für die Entwicklung in Deutschland geben können?

Kriterien für die Quartierskonzepte

Bei den quartiersbezogenen Wohnkonzepten stehen die kleinräumige Organisation von Wohnen und Betreuung im überschaubaren und vertrauten Wohnquartier, sowie um die Vernetzung unterschiedlicher Wohn- und Betreuungsformen innerhalb der Wohnquartiere im Vordergrund. Quartiersbezogene Wohn-, Pflege- und Hilfekonzepte sind darauf ausgerichtet, die Angebote für Wohnen, Betreuung und Pflege, soziale Kontakte und die Organi-

sation gegenseitiger Hilfe auf ein bestimmtes Wohnquartier oder auch einen Stadtteil auszurichten. Der kleinräumige Ansatz ist dabei ein entscheidendes Merkmal. Es sollten möglichst viele Angebote und Hilfeleistungen im Quartier bzw. Stadtteil wahrgenommen werden. Dies ist sinnvoll, da haushaltsnahe und Pflege unterstützende Dienstleistungen wirksamer organisiert werden können, wenn sie leicht erreichbar sind und in einem überschaubaren Umfeld operieren. Für eine kleinräumige Ausrichtung spricht auch, dass eine Mobilisierung von Nachbarschaftshilfen in einem kleinräumigen sozialen Netz leichter zu erreichen ist und ältere Menschen – insbesondere wenn Hilfebedürftigkeit eintritt – Infrastruktureinrichtungen nur in einem begrenzten Radius wahrnehmen können. Eine zeitintensive Betreuung bis hin zu einer Versorgung „rund-um-die-Uhr“ lässt sich nur kleinräumig effektiv organisieren. Die Besonderheiten der räumlichen, baulichen und sozialen Verhältnisse können so leichter berücksichtigt werden.

Kriterien für die Quartierskonzepte
Räumliche Dimension
• Definition und Größe des Einzugsgebietes
• Kooperation und Vernetzung mit anderen Quartieren
• quartiersübergreifende Strukturen
Bauliche Dimension
• Wohnberatung und Wohnungsanpassungen
• barrierefreie Wohnungen und Wohnumfeldgestaltung
• strukturelle Anpassung des Wohnungsbestandes
• Mischung von unterschiedlichen Wohnungstypen und -größen
• Infrastruktur/ soziale Einrichtungen und kurze Wege
Soziale Dimension
• Beratung und Information zum Thema Pflege
• soziale Integration und Kommunikation im Quartier
• Pflege unterstützende Hilfen und Dienstleistungen, Pflege- und Betreuungsleistungen
• Einbeziehung der Heime in die Quartierskonzepte
• selbstständige Wohnformen und Versorgungssicherheit
Planungsdimension
• Beteiligungsformen bei der Planung, Mitwirkungsformen bei der Umsetzung
• Projekt- und Planungsberatung
• Integration der kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung in die Quartiers- und Stadtteilplanung und Abstimmung mit anderen Fachplanungen
• Demografischer Wandel als gesamtkommunale Aufgabe (Einbeziehung verschiedener Generationen, Zielgruppen und soziokultureller Milieus)

Kriterien für die Quartierskonzepte (Fortsetzung)
Koordinierungs- und Vernetzungsdimension
• Koordination der Angebote innerhalb des Quartiers
• Quartiersübergreifende Koordination
• Kooperationsformen zwischen verschiedenen Akteuren, Trägern und Einrichtungen
• Einbindung von ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen
Finanzierungsdimension
• Finanzierung von Beratung und Pflege begleitenden Hilfen und Dienstleistungen
• Finanzierung der Kommunikation und Vernetzungsarbeit
• Finanzierung der Wohn- und Pflegeinfrastruktur
• Finanzierung von finanziell noch nicht abgeschriebenen Großeinrichtungen
Übertragbarkeit
• Anwendbarkeit der Modelle auf andere Gemeinwesen
• Tragfähigkeit der Organisations- und Finanzierungsstruktur

Für ein quartiersbezogenes Versorgungssystem ist es wichtig, dass sich ambulante und mobile Dienste, Sozialstationen, aber auch teilstationäre Einrichtungen wie Tages- und Kurzzeitpflege, auf die Struktur und Bedarfe im Wohnquartier ausrichten. Einige Angebote, je nach örtlichen Gegebenheiten, müssen allerdings auch ein größeres Einzugsgebiet aufweisen, damit ihre Ausnutzung sichergestellt werden kann. Die Hilfeangebote müssen untereinander und mit anderen Angeboten im Quartier und Stadtteil vernetzt werden.

Damit soziale Netze, Nachbarschaftshilfen und bürgerschaftliches Engagement nachhaltig gefördert werden können, hat es sich als sinnvoll erwiesen, Angebote der Altenhilfe auch mit denen für andere Generationen zu verknüpfen oder grundsätzlich generationsübergreifend auszurichten, wie z.B. Nachbarschaftstreffs.

Wohnen im Alter als Thema in einer gesamtstädtischen Planung – erste Ergebnisse

Im Folgenden werden Untersuchungsergebnisse auf die zentrale Frage, welche Rolle das Thema Wohnen im Alter in der gesamtstädtischen Planung bei den Kommunen spielt, vorgestellt. Nicht verwunderlich ist sicher, dass in allen befragten Kommunen und Kreisen, das Thema Wohnen im Alter eine hohe Bedeutung erlangt hat. In einer Vielzahl von Planungen – natürlich in der Alten- und Pflegeplanung, aber auch in der Stadtentwicklungsplanung – wird das Thema mittlerweile berücksichtigt. So findet in den meisten Kommunen hierzu auch ein Austausch über die Ressortgrenzen hinweg statt. Ebenso befinden sich in fast allen Kommunen und Kreisen eine mehr oder weniger große Anzahl entsprechender Projekte in der Planung.

Trotzdem ist bislang ein integriertes Handlungskonzept für das Wohnen im Alter noch in kaum einer Kommune entwickelt worden. Auffälliger Weise auch in den Städten nicht, die in Teilen bereits eine sehr gute Infrastruktur an neuen und selbständigen Wohn- und Pflegeformen aufweisen können wie Bielefeld oder Freiburg. In Münster hat der Rat ein Hand-

lungskonzept beschlossen, das eine Quartiersplanung vorsieht und das Zusammenwirken der verschiedenen Handlungsfelder. Erfahrungen bei der Umsetzung bestehen aber auch hier noch nicht. Kassel und der Kreis Unna weisen auf den bei ihnen installierten öffentlichen Pflegediskurs hin. Insgesamt lässt sich feststellen, dass eine integrierte Quartiersplanung für das Wohnen im Alter im Rahmen eines städtischen Planungsansatzes bisher noch in den Anfängen steckt.

Ausländische Beispiele

Der Bericht befasst sich auch mit ausländischen Beispielen, insbesondere aus Dänemark und Schweden, in denen bereits in den 90er Jahren eine deutliche Abkehr von den traditionellen stationären Einrichtungen vollzogen und Alternativen im Wohnquartier aufgebaut wurden, als auch aus den Niederlanden, da hier ebenfalls bereits eine Vielzahl an quartiersbezogenen Wohnprojekten existieren.

So ist in den Niederlanden vor einigen Jahren das Modell der Betreuten Wohnzonen (WoonServiceZone) entwickelt worden. Verbunden hiermit sind die planmäßige Einbeziehung von Wohnangeboten für ältere und pflegebedürftige Menschen in eine Quartiersgestaltung und der Abbau der stationären Großeinrichtungen. Ausgegangen ist die Erarbeitung dieses Konzeptes von einer Gruppe niederländischer Architekten und Stadtplaner, die es sich zum Ziel gesetzt haben, ein integriertes Wohn- und Versorgungskonzept für ältere und pflegebedürftige Menschen in die normalen Wohnquartiere zu verankern.

Die *Betreuten Wohnzonen* sind ganz normale Wohnquartiere mit einer altersgemischten Bevölkerung. In den Niederlanden findet sich dieses Modell mittlerweile in vielen Kommunen, u.a. Amsterdam, Den Haag und Leeuwarden. Dabei ist das Besondere an der Entwicklung in Leeuwarden, dass hier ein Masterplan zur Realisierung von Wohn- und Servicequartieren für das gesamte Stadtgebiet erstellt wurde. Dabei wird die gesamte Kommune in dreizehn Wohnservicezonen mit einem Einzugsgebiet von jeweils 5.000 bis 10.000 Einwohner aufgegliedert. Grundprinzip der Wohn- und Servicezonen ist, dass in diesen Quartieren eine Vernetzung von Wohnen, Wohnumfeld, Dienstleistungen und Pflege stattfindet. Das Konzept beinhaltet ein abgestuftes System mit drei verschiedenen Wohnformen:

- normales Wohnen, also Wohnen in der normalen Wohnung, die bei Mobilitätsproblemen durch bauliche Anpassungsmaßnahmen entsprechend ausgerichtet werden,
- betreutes Wohnen in Häusern, die baulich auf die Bedarfe von Menschen mit Einschränkungen und Hilfebedarf stärker ausgerichtet sind und wo sich Pflegeangebote, Dienstleistungen und Nachbarschaftstreffs in unmittelbarer Nähe befinden und
- betreute Wohngemeinschaften, in denen meist sechs Personen zusammenleben, jede ihren eigenen Wohn- und Schlafbereich hat und darüber hinaus auch gemeinschaftliche Wohnbereiche vorhanden sind. Rund um die Uhr besteht ein Pflege- und Betreuungsangebot.

Das Wohnservice-Konzept beinhaltet, dass die großen Pflegeeinrichtungen in ihrer bestehenden Form aufgelöst und in kleine überschaubare quartiersbezogene Versorgungszentren aufgeteilt werden. Die Bestehenden Gebäudekomplexe können dann – wie auch be-

reits auch in Städten wie Amsterdam geschehen – Schritt für Schritt einer anderen Nutzung zugeführt werden. An diesem Umgestaltungsprozess sollen alle Akteure, Träger von Pflegeeinrichtung und Anbieter von pflegerischen und haushaltsnahen Dienstleistungen, Wohnungswirtschaft und Initiativen beteiligt werden. Der Masterplan zur Einrichtung der Wohnzonen ist auf eine Laufzeit bis 2015 ausgerichtet. In diesem Zeitraum beabsichtigt die Stadt Leeuwarden neben der entsprechenden Umwandlung der bestehenden Infrastruktur auch noch zusätzliche Wohnangebote im so genannten Zorgwoning zu schaffen, die bei Bedarf ein „rund-um-die-Uhr“ Hilfe- und Pflegeangebot bieten.

Angeregt wurde dieses niederländische Konzept durch die Entwicklung in Dänemark. Hier ist bereits 1988 mit dem Verbot des Baus weiterer Alten- und Pflegeheime und dem damit einhergehenden Aufbau von altersgerechten Wohn- und Versorgungsstrukturen in den Wohnquartieren eine völlige Neuausrichtung der Altenpolitik in Angriff genommen und die Entwicklung von Quartierskonzepten für das Wohnen älterer und pflegebedürftiger Menschen angestoßen worden: Wohnen, Hilfe, Unterstützung und Pflege werden quartiersnah koordiniert und gesichert.

Beispielhaft wurden für den Bericht auch die schwedischen Städte Falun und Ludvika untersucht. Auch hier ist wie im niederländischen Beispiel jeweils ein dreigestuftes Wohn- und Pflegeangebot für ältere Menschen vorhanden. Dieses umfasst

- Wohnen in der normalen Wohnung mit Unterstützung durch ambulante Dienste,
- alten- und pflegegerechte Wohnungen mit Notruf und einem individuell ausgerichtet Pflege- und Hilfeservice und
- Service-Häusern (Servicehus) mit ca. 40 Appartements, die in Wohngruppen für sechs bis acht Bewohner/innen untergliedert sind.

Stationäre Einrichtungen in der traditionellen Form existieren nicht mehr. Die Abkehr von den Großeinrichtungen ist in Schweden u.a. durch die Wünsche der pflegebedürftigen Menschen nach Versorgungsformen in ihrem Wohnquartier, die zugleich eine eigene Häuslichkeit bieten, forciert worden. Dabei besteht ein gesetzlicher Anspruch auf Service- und Pflegeleistungen verbunden mit dem Recht jedes Einzelnen seinen Wohn- und Lebensort auch bei Pflegebedürftigkeit selbst bestimmen zu können.

Mögliche Impulse für die Entwicklung in Deutschland

Zusammenfassend lässt sich bei dem Vergleich der ausländischen Modelle feststellen, dass die Beispiele aus den Niederlanden und Schweden Konzepte aufzeigen, die ein abgestuftes Angebot an Service- und Pflegeleistungen im vertrauten Wohnumfeld beinhalten. Dabei umfassen beide Konzepte ein ähnliches Angebotsprofil, das aus drei Elementen besteht:

- einer ambulanten pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung in der eigenen Wohnung,

- Wohnungen, die baulich auf die Bedürfnisse von älteren und pflegebedürftigen Bewohner/innen ausgerichtet sind und einen individuell abrufbaren Service an hauswirtschaftlichen und pflegerischen Dienstleistungen wie auch einen Treffpunkt im Quartier bieten,
- gemeinschaftliche Wohnformen, die eine eigene Häuslichkeit mit einem eigenen abgeschlossenen Wohnbereich wie auch ein Zusammenleben im Gemeinschaftsbereich bieten, ähnlich dem Konzept der Hausgemeinschaften in Deutschland.

Mit diesen dreigestuften Konzepten kann ein quartiersnahes Angebot an Wohn-, Hilfe- und Pflegeangebote für alle ältere, hilfe- und pflegebedürftige Menschen geschaffen werden. Diese Konzepte beinhalten zugleich eine konsequente Auflösung der bestehenden großen stationären Einrichtungen zu Gunsten einer Verlagerung der Service- und Pflegekapazitäten in die Wohnquartiere mit einem Angebot an überschaubaren gemeinschaftlichen Wohnformen. Dabei ist von besonderer Bedeutung, wie das Beispiel Leeuwarden zeigt, dass die Vielzahl der unterschiedlichen Akteuren aus den Bereichen Pflege, Wohnungswirtschaft, Dienstleistungen und Stadtteilarbeit an diesem Gestaltungsprozess beteiligt werden.

Resümee

Zusammenfassend lassen sich folgende Kernpunkte für eine Weiterentwicklung der Wohnquartiere nennen:

- Wohnquartiere auf die Bedürfnisse verschiedener Generationen ausrichten – Infrastruktur muss flexibel gestaltbar und veränderbar sein
- Infrastruktur in den Wohnquartieren stärken – Kooperationen von Einrichtungen und zwischen den verschiedenen Trägern, Vereinen und Initiativen fördern
- weitere Sondereinrichtungen vermeiden und bestehende Einrichtungen schrittweise umgestalten
- Beteiligungsmöglichkeiten verbessern und die Partizipation älterer Menschen stärken
- Planungsprozesse weiterentwickeln hin zu einer integrierten Planung für die Wohnquartiere

Die Bewältigung des Wandlungsprozesses setzt neue Anforderungen, bietet aber auch Chancen für die Sozial- und Wohnungspolitik, Quartiersplanung, Infrastrukturplanung – insbesondere aber auch für neue Kooperations- und Organisationsformen in und zwischen den Gebietskörperschaften. Sie bietet Möglichkeiten für eine Neuausrichtung der Infrastruktur und Versorgungsformen und damit auch neue Perspektiven für die Menschen und für das Gemeinwesen.

Gemeinsame Strategie von Kommune und Wohnungswirtschaft in Mülheim an der Ruhr

Ulrich Ernst, Leiter der Stadtkanzlei Mülheim an der Ruhr und

Frank Esser, Vorstand der Mülheimer Wohnungsbau e. G.

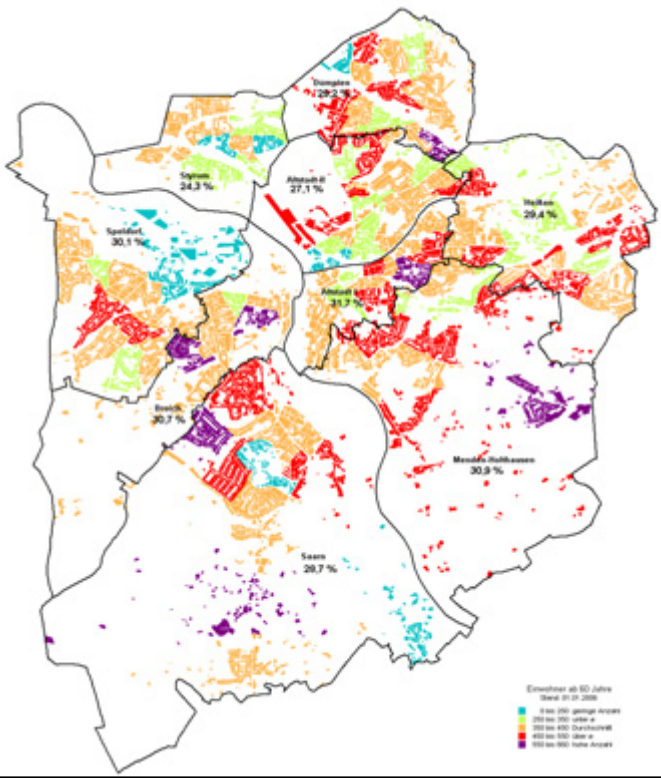
Auszug aus den Vortragsfolien vom 25.04.2006

Alternde Stadt

- Mülheim: ca. 29% (= ca. 50.000) über 60-Jährige
- Land: ca. 25%
- Mülheim an der Ruhr hat den höchsten Anteil aller kreisfreien Städte im Land
- Über 60-Jährige in den Stadtteilen von Mülheim an der Ruhr am 01.01.2006

Stadtteile	Bevölkerung insges.	dar. 60 Jahre und älter	
		absolut	in %
Altstadt I	19.727	6.244	31,7%
Altstadt II	24.759	6.717	27,1%
Styrum	15.900	3.871	24,3%
Dümpten	19.245	5.618	29,2%
Heißen	21.686	6.366	29,4%
Menden - Holthausen	13.616	4.214	30,9%
Saarn	23.848	6.853	28,7%
Broich	14.151	4.342	30,7%
Speldorf	18.381	5.535	30,1%
Stadt Mülheim an der Ruhr	**171.313**	**49.760**	**29,0%**

Einwohner ab 60 Jahren in den Stimmbezirken dargestellt in den Grenzen der Stadtteile



Handlungsansätze

- Strategie-Workshop
- Handlungskonzept “Seniorengerechte Stadt“
- Projektantrag „Modellentwicklung für die Bildung kleinräumiger, nachhaltiger Netzwerke in der Seniorenwirtschaft“
- Beteiligung am Equal-Projekt „Wohnortnahe Dienstleistungen für ältere Menschen“
- Restrukturierung der städtischen Alteneinrichtungen
- Stadtteilmanagement Eppinghofen und Zukunftsschule in Eppinghofen

Perspektiven

- **Anteil über 65-Jährige**
  - In der Stadt: 23 %
  - Bei der SWB: 34 % der Haushaltsvorstände
  - Bei der MWB: 25 % der Mieter
- **SWB**
  - Seniorenwohnungen: ca. 850 (ca. 10%)
    Tendenz steigend, weil kontinuierlich geeignete, frei werdende Wohnungen seniorengerecht umgebaut und angepasst werden.
  - Behindertenwohnungen: 34
  - Vermietung von 7 Altentagesstätten an die Stadt
- **MWB**
  - Seniorenwohnungen: ca. 290 (ca. 6,5%)
  - Umbauten wg. Handicaps: ca. 50
    kontinuierliche Erhöhung wg. aktueller Nachfrage (ca. 15 bis 20 pro Jahr)
  - Vermietung einer Altentagesstätte an die AWO
  - Demenz WG

Perspektiven

Bedürfnisse älterer Menschen

- Ältere Menschen wollen nicht in Heimen, sondern in „ihrer“ Wohnung leben. Selbst Pflegebedürftige können sich ein Leben im Heim nicht vorstellen.
- Neben dem Wunsch in der eigenen Wohnung zu leben, spielt der Wunsch im vertrauten Umfeld mit gewachsenen sozialen Beziehungen zu bleiben eine große Rolle.
- „Allerdings zeigen 20 bis 40% der Alten Interesse für einen Umzug in eine betreute Wohnanlage, möglichst in ihrer gewohnten Wohnumgebung mit den bekannten sozialen Kontakten.“ ils-journal 3/05

➔ Wohnen, Versorgung und Betreuung / Pflege in Quartier integrieren und vernetzen.

Perspektiven

Sozialraumorientierung

- Seit Mitte der 90er Jahre in der **Jugendhilfe** (KSD)
- **Modellprojekt Sozialagentur** ➔ Modernisierung der Sozialhilfe
  - Aktivierende Hilfe
  - Hilfe aus einer Hand
  - Wohnortnahe soziale Dienste und Leistungen
- Stadtteilmanagement und Zukunftsschule Eppinghofen

Sozialraumorienrierung: Wohnen im Quartier

- Normales Wohnen
- Wohnen mit Service
- Wohnen bei Pflegebedürftigkeit

Perspektiven

Quartiersbezogene Vernetzung von Wohnen, Wohnumfeld / Infrastruktur, gegenseitige Hilfe, Dienstleistung und Pflege (1)

- Anpassung der Wohnungen an die Bedarfslagen (individuelle Wohnungsanpassung/Wohnungsberatung und strukturelle Anpassung des Wohnungsbestandes)
- Spezielle, dezentrale Wohnformen für Menschen mit Hilfs- und Pflegebedarf, die nicht mehr zu Hause versorgt werden können.
- Verlegung der Pflege in das Quartier / ambulantes Pflegeteam vor Ort
- Bezahlbare haushaltsnahe Dienstleistungen und Alltagshilfen (z.B. Hol- und Bringdienst, Einkaufshilfen, Putzhilfen, Hausbesuche, ...)
- Niedrigschwellige Koordinationstellen / verläßliche und vertrauenswürdige Ansprechpartner vor Ort für Vermittlung von Dienstleistungen
- ÖPNV-Anbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Apotheken, ...

Perspektiven

Quartiersbezogene Vernetzung von Wohnen, Wohnumfeld / Infrastruktur, gegenseitige Hilfe, Dienstleistung und Pflege (2)

- In der unmittelbaren Umgebung: Förderung von Kontakt, Geselligkeit, Kommunikation, Freizeitgestaltung, ...
- Förderung von nachbarschaftlicher Unterstützung und bürgerschaftlichem Engagement
- Entscheidend = Vernetzung aller Akteure: Wohnungswirtschaft, Dienstleister, Kommune und Bewohner/-innen.
- Wir haben die Diskussion darüber begonnen

Handlungsansätze

Strategie-Workshop

- „Seniorenwirtschaft – eine Entwicklungsperspektive für Mülheim an der Ruhr?“
- In Kooperation mit dem IAT
- Teilnehmer:
  - Oberbürgermeisterin
  - Planungsdezernentin
  - Sozial- und Sportdezernent
  - Kulturdezernent
  - Wirtschaftsförderung
  - Stadtmarketing
  - Verkehrsgesellschaft
  - SWB
  - MWB
  - Unternehmerverband
  - Kreishandwerkerschaft
  - Einzelhandelsverband
  - Seniorenbeirat
  - Krankenhäuser
  - Polizei
  - Wirtschaftsministerium

Handlungsansätze

Handlungskonzept “Seniorengerechte Stadt“

- Planungsgrundlagen erarbeiten
- Handlungskonzept entwickeln in einem dialogorientierten Prozess zwischen Politik, Verwaltung, den älteren Mitbürgern/innen selbst und den Trägern von Diensten und Einrichtungen
- In Kooperation mit dem Institut für Gerontologie

Handlungsansätze

Projektantrag „Modellentwicklung für die Bildung kleinräumiger, nachhaltiger Netzwerke in der Seniorenwirtschaft“

- Seniorinnen und Senioren sollen ihre Nachfrage über einen zentralen Ansprechpartner an Unternehmen und soziale Einrichtungen richten können.
- Dabei sollen sowohl privatwirtschaftliche, aber auch karitative, kommunale und ehrenamtliche Angebote vermittelt werden können.
- Die lokale Seniorenwirtschaft soll durch die Bildung von Netzwerken bzw. Kooperationen gestärkt werden.
- In Kooperation mit der Stadt Oberhausen und dem Handwerkszentrum der Handwerkskammer Düsseldorf

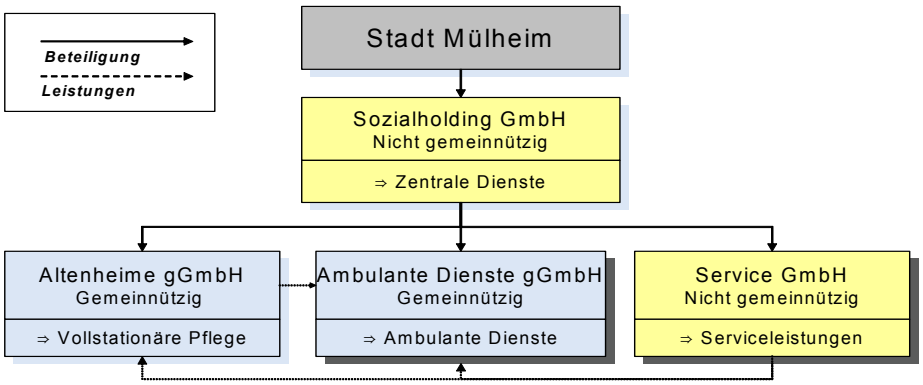
Handlungsansätze

Equal-Projekt „Wohnortnahe Dienstleistungen für ältere Menschen“

- Entwicklung, Antragstellung und Gesamtkoordination des Projektes durch LEG AS
- Beteiligung der Stadt Mülheim als strategischer Partner, MWB ist ebenfalls strategischer Partner, operativer Partner ist das CBE.
- Motto im Mülheimer Teilprojekt: „Von Älteren für Ältere“. Ältere Menschen sollen ihre Erfahrungen, Fähigkeiten und Kreativität in eine Zusammenarbeit mit (selbst)organisierten Wohnprojekten, Selbsthilfegruppen und Seniorenorganisationen einbringen.

Handlungsansätze

Restrukturierung der städtischen Alteneinrichtungen



Handlungsansätze

Stadtteilmanagement Eppinghofen und Zukunftsschule in Eppinghofen

- Stadtteilmanagement
- „Zukunftsschulen öffnen sich für vielfältige Nutzungen und werden so zum Mittelpunkt eines Wohnquartiers oder innerstädtischen Bereichs. Da verschiedene Räume ... für vielfältige Nutzungen der Akteure und Bewohner/innen eines Wohnquartiers relevant sind, ergeben sich nicht nur inhaltliche, sondern auch finanzielle Synergieeffekte.“

Golden Greys in Silver City – oder alt werden im Quartier?

Angelika Simbriger, Klaus Novy Institut, Köln

Der Titel „Golden Greys in Silver City – oder alt werden im Quartier“ soll die enorme Bandbreite der traditionellen und innovativen Wohn-, Betreuungs- und Versorgungsformen ausdrücken, die für das dritte Lebensalter, für das älter und alt werden, zur Wahl stehen. Es handelt sich also nicht um einen Diavortrag über golfende Senioren und Seniorinnen, z.B. in Sun City West, Phoenix Arizona, wo inzwischen 60.000 Rentner ganz unter sich sind.

Wir sprechen heute von drei älteren Generationen, die in ihren Lebensstilen und Lebenszielen kaum mit einander vergleichbar sind:

- den Jungsenioren (50plus)
- den Senioren (65plus) und
- den Hochaltrigen (80plus).

Die Übergänge und Grenzen zwischen den einzelnen Lebensphasen werden fließender, weniger starr. Das „gefühlte“ Alter ist entscheidender: Man ist eben so alt wie man sich fühlt: Die wunderbaren „Golden Girls“ fühlen sich offensichtlich sehr jung – auch wenn sie ziemlich alt aussehen – und faszinieren damit seit Jahren weltweit ein großes Fernsehpublikum. Sie leben uns eine lebendige Seniorinnen-WG vor, in der es täglich neue Überraschungen gibt – in einem Alter, in dem man doch eigentlich das meiste schon hinter sich hat....

Auch bei Interviews im Rahmen von Bestandsanalysen in „ganz normalen Wohnsiedlungen“ in NRW trifft man immer wieder auf dieses „gefühlte“ Alter: „Ja, wenn ich alt bin, könnte so eine altenfreundliche Wohnung für mich auch infrage kommen“ und als Interviewer fragt man sich verblüfft, wann denn das Alter anfängt, wenn nicht mit 77?

Tatsächlich ist das dritte Lebensalter durch ein breites Altersspektrum gekennzeichnet, so dass es Sinn macht, diesen Lebensabschnitt differenziert zu betrachten – nach Chancen, Potenzialen und Ressourcen – und nicht nur noch an Pflegekonzepte und Betreuungspauschalen zu denken.

Wie die künftigen Generationen Älterer wohnen werden, in welchen Häusern und Wohnungen, in welchem sozialen Kontext, allein oder eingebunden in eine lebendige Nachbarschaft, in einem altersgemischten Quartier, und mit welchen Service- und Dienstleistungen, das wird demnach in hohem Maße mitentscheidend sein für ihre Lebensqualität. Auf die kommenden Generationen älterer Menschen kommt eine Lebensphase zu, die historisch neu ist, für deren Ausgestaltung es keine Vorbilder gibt. Es gilt, neue Konzepte, neue Verfahren, neue Kooperationen zu installieren und zu erproben, um das Wohnen im Alter und das Wohnen mit und unter den Generationen mit neuen Ideen zu beleben. Das ist eine lohnenswerte Aufgabe, die viele Chancen bietet.

Chancen für die älteren Menschen, aber auch immense Chancen für die Wohnungswirtschaft, die in Kooperation mit der Kommune dazu beitragen kann, ihre Mieter und Mieterinnen bedarfsgerecht zu versorgen, neue Angebote für selbst bestimmtes Wohnen in großer Vielfalt für alle unterschiedlichen Seniorengruppen und Wohnbedürfnisse zu entwickeln

und anzubieten – und damit langjährige Mieter als Kunden zu behalten. Für die Kommunen eröffnen sich neue Chancen, ihren Bürger/innen bis zum Lebensende die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, die diese in der jeweiligen Lebenslage benötigen und die ihnen ein selbst bestimmtes Leben und Wohnen im gewohnten Umfeld, im vertrauten Quartier sichert.

Eine Vielzahl von Studien beschreibt, dass mit steigendem Lebensalter die Grenzen des persönlichen Lebensraums enger werden. Die Wohnung und deren näheres Umfeld werden nach und nach zu den wichtigsten Lebens- und Aufenthaltsorten. **„**Alte wohnen mehr**“** – am meisten – im Gegensatz zu Kindern, Hausfrauen oder Berufstätigen. Die Wohnung hat für ältere und alte Menschen eine überdimensional wichtige Bedeutung: Sie bedeutet Sicherheit, Vertrauen und Geborgenheit. Sie enthält alle Erinnerungen – vom geliebten Möbelstück übers Hochzeitskleid zu den Lieblingsspielzeugen der Kinder – die Erinnerung an Glück, Freude, Trauer, Verzweiflung – all das eben, was das Leben ausmacht. Natürlich nur, wenn man als Mieter das Glück hatte, „im-mobil“ sein zu dürfen, wenn man nicht aus verschiedensten Gründen den Standort wechseln wollte oder musste. Es ist keine Seltenheit in großen Wohnsiedlungen, dass Menschen 40 Jahre und mehr in ihrer Wohnung bzw. in der Siedlung wohnen. Und deshalb ist das ihr Quartier, das Quartier der hier alt gewordenen Menschen – sie kennen jeden Stock und Stein, haben Mitarbeiter des Wohnungsunternehmens kommen und gehen sehen, ja sogar auch Wohnungsunternehmen kommen und gehen gesehen. Und wollen in der Regel genau hier bleiben „solange bis sie mich mit den Füßen voran hier raus tragen“.

Und das ist es, was den Menschen ermöglicht werden muss: älter werden – und wohnen bleiben, wenn es den einen oder die andere nicht doch noch zur Schwiegertochter oder in die luxuriöse Geborgenheit einer Seniorenresidenz vertreibt.

Und bei der Größe der zu bewältigenden Aufgabe ist es kein Wunder, dass die ganze Republik so aufgeregt ist, seitdem die Bevölkerungsprognosen inzwischen wirklich überall angekommen sind. Wir wissen mit ziemlicher Sicherheit: Wir werden weniger, wir leben länger und wir werden bunter. Ich will die Palette von good practice zum Thema „Wohnen im Alter“ und „wohnortnahe Dienstleistungen“ nicht um weitere gute Beispiele ergänzen. Dazu gibt es inzwischen unzählige sehr qualifizierte Veröffentlichungen u.a. vom ILS NRW, vom Kuratorium Deutsche Altershilfe, von der Bertelsmannstiftung oder vom Ministerium Bauen und Verkehr des Landes NRW – um nur einige zu nennen.

Die Software für erfolgreiche Lösungen

Ich möchte Ihr Augenmerk jetzt auf die Software lenken, die meines Erachtens unverzichtbar ist, und die entscheidend dazu beitragen kann, dass kommunales und wohnungswirtschaftliches Engagement auch wirklich zu erfolgreichen Lösungen führt. Hier liegen die Chancen für das gute Überleben – nicht nur der älteren Menschen, sondern auch der Wohnungswirtschaft, wenn sie die Möglichkeiten neuer Leitbilder für das Wohnquartier zu nutzen weiß.

Zuerst noch einmal zwei Sätze zur Hardware: Die bauliche Anpassung läuft da, wo Wohnungswirtschaft und private Eigentümer die Zeichen der Zeit verstanden haben. Jedes freiwerdende Erdgeschoss wird landauf landab altenfreundlich angepasst, Grundrisse

werden verändert, Bäder umgebaut. So altenfreundlich wie möglich und so altengerecht wie es für alle Beteiligten bezahlbar ist. Das Land fördert Barrierefreiheit – im Bestand sowie im Neubau, mit und ohne Aufzug.

Doch mein Thema ist wie gesagt die Software; das, was die vielen kleinen einzelnen Bausteine, Maßnahmen und Dienstleistungen verbindet. Das, was einzelne Aktivitäten einzelner Akteure in einer Siedlung, in einem Wohnquartier zusammenwachsen lässt zu einem integrierten Konzept und zu einem lebendigen Quartier, in dem sich Jung und Alt gleichermaßen wohl fühlen können.

Wohnungsunternehmen finden sich heute mit völlig neuen Anforderungen, Erwartungen und Aufgaben konfrontiert, für die sie weder ausgebildet und vorbereitet sind noch bezahlt werden. Die Umstellung und vor allem das Um-Denken sind groß, wenn man den Geschäftsbereich des „Wohnens im Alter“ in sein Leistungsprofil aufnehmen will. Und es sind interne Diskussionen darüber zu führen, ob man sich nicht lieber weiter auf das Kerngeschäft konzentrieren solle. Die Chancen liegen jedoch meines Erachtens auf der Hand: Die Nachfrage nach Service- und Wohnformen für das Alter wird in den nächsten Jahren steigen. Wohnungsunternehmen können sich neu positionieren als ganzheitliche Versorger für Wohnen und Leben im Alter, das Quartier erhält eine neue Prägung. Vielleicht gelingt ja ein Quartiersbranding im Sinne eines lebensgerechten Quartiers, in dem Menschen ohne Sorge auch als Hochbetagte, in ihrem gewohnten Umfeld und mit der notwendigen Versorgung, in Sicherheit bis zum hoffentlich guten Schluss wohnen bleiben können.

Ich habe im Folgenden fünf Leitlinien und 10 Regeln aus dem Software-Baukasten zusammengestellt, die sich als Gebrauchsanweisung für zukünftiges Handeln eignen, gerade in Quartieren, die schon heute eine hohe Zahl alter Menschen beheimaten.

Leitlinie Kommunikation – Kooperation – Koordination

Wohnungsunternehmen, Dienstleister und andere Akteure brauchen Austausch, Vernetzung und Kommunikation, wenn sie altengerechte Wohn- und Versorgungsformen gemeinsam in einem Quartier anbieten und unterstützen wollen. So bedarf es unterschiedlicher Maßnahmen bzw. Instrumente, die Informationen koordinieren und den Austausch zum Thema ermöglichen:

- Alle Akteure, die im hauswirtschaftlichen, pflegerischen oder Servicebereich tätig sind, arbeiten meist isoliert – und nicht koordiniert. Regelmäßige, z.B. monatliche, Akteurstreffen in Form Runder Tische können die Aktivitäten bündeln, Defizite benennen und Leistungen aufstocken. Das Wohnungsunternehmen kann hier eine moderierende und steuernde Funktion einnehmen. Es hat das Vertrauen seiner Mieter/innen, bietet selbst neben der Wohnraumvermietung keine „geldwerten“ Leistungen im Quartier an und könnte deshalb eine neutrale Rolle bei der Entwicklung von quartiersbezogenen Service-Ringen einnehmen.
- Für die Bewohner/innen wird eine Anlaufstelle in der Siedlung benötigt, die regelmäßig geöffnet ist und die sich mit der Zeit zum Zentrum rund um das Wohnen im Alter entwickeln kann: Hier kann die Beratung zur Wohnraumanpassung ebenso wie die Hilfsmittelberatung stattfinden. Es können aber auch erste Informationen über häusliche Pflege, Essen auf Rädern und weitere wohnortnahe Dienstleistungen gebündelt werden.

Es macht Sinn, ein kleines Vor-Ort-Büro eines im Quartier tätigen Pflegedienstes einzurichten und dieses aber auch zu öffnen für alle anderen Kommunikationsbedarfe. Ein gutes Beispiel ist hier die schon häufig dokumentierte Beratungsstelle für altersgerechtes Wohnen, die die Deutsche Annington in der ehemaligen Eisenbahnsiedlung in Duisburg eingerichtet hat und der jetzt weitere Standorte folgen sollen – zuletzt geschehen in Frankfurt-Griesheim.

- Kommunen fangen an, Anlaufstellen mit Ansprechpartnern für ältere Menschen in den Stadtteilen einzurichten, in Kooperation mit einem sozialen Träger. Das ist ein guter Weg, denn das Thema Wohnen im Alter, Versorgung und Pflege bekommt dadurch einen Ort im Quartier und wird zum Gesprächsstoff.
- Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Quartier ist unerlässlich, da nicht alle Hilfen, z.B. im Bereich Freizeit und Begleitung, über bezahlbare Dienstleistungen geregelt werden können. Bürgerschaftliches Engagement wirkt sich grundsätzlich positiv auf ein Quartier aus. Das Gemeinsam-etwas-tun und Verantwortung-zeigen für die Lebensbedingungen an diesem Standort beeinflussen Klima und Image des Quartiers. Die Zusammenarbeit mit Freiwilligen-Agenturen, die Kooperation mit Kirchen, Schulen und ortsansässigen Vereinen, der Ausbau der Aktivitäten von Mieterbeiräten und Bewohnerselbstverwaltungen oder überhaupt erst der Aufbau von Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt im Quartier – all das muss koordiniert werden. Der Austausch unter ehrenamtlich Tätigen und anderen Akteuren wiederum ist notwendig, um z.B. das Wissen über die Bewohner im Quartier zusammenzutragen und gegebenenfalls im Einzelfall unterstützend reagieren zu können.

  Hier kommt den Wohnungsunternehmen und der Kommune in der Gesamtverantwortlichkeit für das Wohnquartier eine moderierende und koordinierende Aufgabe zu.
- Auch das Thema „Neue Wohnformen im Alter“ braucht eine Kommunikationsplattform im Quartier. Will man nachbarschaftliche, gemeinschaftsorientierte Wohnformen fördern, sollte man einerseits mit den Bewohner/innen gemeinsam planen, ihre Bedürfnisse und Anforderungen berücksichtigen. Andererseits müssen sich Interessenten für neue Wohnformen erst finden, es sollten Informationsveranstaltungen und Kennenlerntreffen für Interessierte stattfinden.

  Wohnen wird in Deutschland individuell geregelt – es sei denn man ist hilfebedürftig. Deshalb mussten und müssen die Netzwerke und Strukturen, Kommunikationsplattformen für das gemeinschaftliche Wohnen Gleichgesinnter erst aufgebaut werden. Im gewohnten Quartier ist das einfacher: Das Wohnungsunternehmen kann der Zielgruppe aufgrund der vorliegenden Daten sowie der persönlichen Bekanntheit mit den Mieter/innen Angebote machen – für „Anderes Wohnen“.

Leitlinie: Vielfalt

So unterschiedlich die Individuen sind, so unterschiedlich werden die Wohnformen fürs Alter sein müssen: Vom Wohnwagen in Andalusien bis zur Seniorenresidenz in Mülheim an der Ruhr, von der Hausgemeinschaft und dem Wohnen in einem Beginenhof oder einem Mehrgenerationen-Wohnprojekt (z.B. in Dortmund im Tremoniapark) bis zur Pflege-Wohngemeinschaft, oder schlicht und ergreifend für die Mehrzahl der älteren und alten

Menschen, in der eigenen Wohnung, im angestammten Quartier und mit der vertrauten Nachbarschaft und natürlich mit verschiedensten wohnbegleitenden Dienst- und Serviceleistungen.

Dabei geht es nicht um die einzigartige beste Lösung: Es sollte eine Vielzahl von Konzepten und Angeboten geben, damit die Menschen aus den drei Generationen der Jungsenioren, der Senioren sowie der Hochbetagten in einer möglicherweise sehr langen Lebensphase die Wahl haben und nicht aus Angst vor Vereinsamung oder davor, jemandem zur Last zu fallen, irgendeine Lösung akzeptieren und dabei unglücklich und krank werden. Durch ein breites Spektrum von Wohnformen und Versorgungsformen, die in ein und demselben Quartier zur Wahl stehen, kann Sorgenfreiheit und Versorgungssicherheit schrittweise hergestellt werden.

Die Vielfalt erkennen Sie in einer eher groben Wohnform-Typologie, die alle im Quartier und unter dem Dach von Wohnungsunternehmen realisierbar sind – Seniorenresidenzen und Altenheime einmal ausgenommen. „Grob“ sage ich deshalb, weil sich innerhalb der einzelnen Kategorien natürlich noch zahlreiche Varianten und Ausprägungen finden:

1. Selbstbestimmtes Wohnen in der eigenen Wohnung, im Quartier, mit wohnortnahen Dienstleistungen.
2. Pflege-Wohngemeinschaften z.B. mit Schwerpunkt Demenz, möglichst im alten Quartier, mit eigenem Mietverhältnis und Betreuungsvertrag (z.B. die Angehörigen-Pflege-Wohn-gemeinschaften in Berlin, alle zip-WGs mit unterschiedlichen Wohnungseigentümern). Inzwischen soll es rund 250 WGs dieser Art geben. Auch NRW fördert diese Wohnform.
3. Von Wohnungsunternehmen organisierte Nachbarschafts-Hausgemeinschaften mit Versorgungsinfrastruktur.
4. Selbstorganisierte Alten-Wohngruppen-Projekte bzw. Mehrgenerationen-Projekte. Beispiele gibt es inzwischen viele, über 500 mindestens – die Nachfrage ist groß.
5. Altenwohnungen (betreutes Wohnen).

Leitlinie: Gemeinsam statt einsam

Einsamkeit macht krank. Ambulante Pflegedienste können diese Einsamkeit nicht ausgleichen, wenn die Betreuung durch Familie oder Freundeskreis nicht geleistet werden kann. Die Erfahrungen zum Beispiel mit Pflegewohngemeinschaften zeigen, dass Gemeinschaft das subjektive Leiden mildern und das Wohlbefinden steigern kann. Doch die Einsamkeit fängt weit vor der Krankheit an.

Deshalb organisieren vorsorgende Jungsenioren ihre Wohnsituation fürs Alter frühzeitig – noch während der Berufstätigkeit, dann, wenn man noch Kontakte entwickeln und Zeit gemeinsam gestalten kann. Auch wenn die Erfahrungen mit gemeinschaftlichen Alten-Wohnprojekten oder auch Mehrgenerationen-Wohnprojekten sich nicht immer so harmonisch und konfliktfrei anhören, wie sich die Initiatoren das sicherlich erhofft haben: Es ist der richtige Weg. Kleinfamilien sind auch nicht immer harmonisch – und trotzdem sind sie eine bewährte Form der Lebens- und Alltagsgestaltung. Der Mensch braucht die Auseinandersetzung, um lebendig zu bleiben!

Innovative Wohngruppenprojekte können sicherlich keine Mengeneffekte darstellen, auch sind sie längst keine Wohnform für Jedermann und Jedefrau. Als Leuchtturmprojekte zeigen sie jedoch den Weg raus aus der Isolation, hin zur gemeinschaftlichen Bewältigung des Alltags nicht nur im Alter. Sie bereiten den Boden für eine Hinwendung zur nachbarschaftlichen Unterstützung. Sie alle kennen die wie Pilze aus dem Boden schießenden Wohngruppenprojekte. Ein erstes in jeder Stadt zieht Nachahmer hinterher – oft im gleichen Quartier. Die 68-er Generation ist eben alt geworden – ich würde mal sagen fast 68. Viele von ihnen haben Wohngemeinschaftserfahrungen aus ihren Ausbildungs- und Studienzeiten. Das Wohnen im Alter in abgeschlossenen Wohneinheiten mit Hausgemeinschaft und Versorgungssicherheit stellt für die meisten eine Alternative zum Alleinwohnen im Alter dar.

Die Verbindung zur Wohnungswirtschaft und zu den Kommunen konnte am Anfang nur zögerlich hergestellt werden. Teilweise wurden Projekte von der Politik unterstützt, die Wege konnten geebnet werden. In der Regel brauchten Selbsthilfe-Initiativen jedoch 5 bis 10 Jahre bis zur Realisierung ihrer Wohnvorstellungen. Kommunen sollten Selbsthilfe-Projekte unbedingt durch politischen „Rückenwind“ und gegebenenfalls durch Grundstücksangebote unterstützen.

Neuerdings wird hier nun der Markt gesehen: An Senioren-Wohngruppen zu vermieten ist ein sicheres Geschäft: Senior/innen stabilisieren die Quartiere, pflegen die Wohnungen und engagieren sich in Haus und Garten. Auch speziell nach den Wünschen einer Gruppe Neubauten zu errichten, kann durchaus ein wirtschaftlich interessanter Betätigungsbereich sein. So wird in der Regel die Belegung schon lange vor Fertigstellung von der Initiative selbst vorgenommen. In anderen Fällen werden Generalmietverträge abgeschlossen und das Vermietungsrisiko liegt vollends bei der Initiative. Es gibt eine rege Nachfrage nach solchen Wohnprojekten. Die Medien tragen ihren Anteil dazu bei, wecken Interesse. Das Forum für gemeinschaftliches Wohnen in Hannover berichtet von über 10.000 Anfragen pro Jahr. Auch wenn nicht jede Anfrage schon eine Entscheidung für das gemeinschaftliche Wohnen ist, so scheint diese neue Wohnform auf immer breiteres Interesse zu stoßen. Ältere Menschen, insbesondere Frauen, die in Zukunft drei Viertel der Seniorinnen ausmachen werden, werden aktiv, suchen nach Grundstücken, Finanzierung, Investoren, Vermietern.

Allein in NRW kenne ich z. B. sechs Beginenhof-Projekte, die mit Wohnungsunternehmen oder privaten Investoren realisiert wurden oder werden:

- Beginen Dortmund – Privat
- Beginen Schwerte – Privat (Bauunternehmen) und Genossenschaft vor Ort
- Beginen Unna – Privat (Bauunternehmen)
- Beginen Essen – Private Immobilienfirma investiert als Vermieter in Bestand (Umbau des ehemaligen Finanzamtes).
- Weitere sind kurz vor der Realisierung wie Bielefeld, Köln, Bad Münstereifel. Und das sind nur die reinen Frauenprojekte.

In Niedersachsen vermitteln übrigens der Verband der Wohnungswirtschaft und das Forum Gemeinschaftlich Wohnen im Alter seit längerem Kontakte zwischen Wohngruppen-Initiativen und Wohnungsunternehmen. Eine neue Entwicklung zeigt sich bei interessierten Kommunen: Sie sehen die Notwendigkeit der Moderation bei der Realisierung solcher Projekte – sei es als Miet- oder als Eigentumsprojekt – und versuchen, die in Anbetracht des Bauvorhabens marginalen Moderationskosten von 5.000 bis 10.000 Euro aufzubringen. Ziel ist es, mit solchen Projekten einen Anstoß im Quartier oder auch einen Anstoß bei der Wohnungswirtschaft zu bewirken und zu zeigen, dass und wie solche Projekte laufen können.

In Bestandssiedlungen gibt es neben der Einrichtung von Pflege-Wohngemeinschaften und eigenständigen Wohngruppen zahlreiche Möglichkeiten, das gemeinschaftliche Wohnen zu fördern. So bietet es sich an, einzelne Häuser nach und nach altenfreundlich bzw. –gerecht zu modernisieren, kleine selbständige Einheiten von 45–60 qm anzubieten, eine gemeinsame Wohnküche oder ein Wohnzimmer für das Haus vorzusehen und bei der Belegung dieses Objektes eine Hausgemeinschaft anzumoderieren. Die Intensität des gemeinschaftlichen Tuns bestimmen die Bewohner/innen selbst. Interessierte treffen sich im Quartier zu Runden Tischen rund ums Älterwerden und gemeinschaftlich Wohnen. Das Wohnungsunternehmen stellt die Räumlichkeiten und ermöglicht die Kommunikation. Im Rahmen der EQUAL Entwicklungspartnerschaft versuchen wir diesen Ansatz in Solingen in einem 60er Jahre Quartier umzusetzen.

Leitlinie: Selbst bestimmt wohnen

Nicht für die älteren Menschen, sondern mit ihnen planen: Dieser ressourcenorientierte Ansatz, der in der Sozialpädagogik längst die Regel darstellt, ist im Bereich der Wohnraumversorgung sehr viel schwieriger umzusetzen. Es bedeutet, sich wirklich auf die immer größer werdende Kundengruppe der Älteren und Alten einzustellen und mit ihnen gemeinsam passende Lösungen zu entwickeln und damit wirklich bedarfs- und kundenorientiert zu handeln.

Natürlich verlangt es von den Mitarbeiter/innen der Wohnungsunternehmen neue Einstellungen zu der immer älter werdenden Kundschaft. Hier herrscht sicherlich viel Qualifizierungsbedarf, vom Hausmeister angefangen über die Technik bis hin zum Vermietungsservice, will man für das Unternehmen den großen Markt der Wohnformen für alternde Menschen erschließen, sich hier positionieren und Leistungen rund ums Wohnen im Alter ins Portfolio aufnehmen.

Das von der Bielefelder gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (BGW) gemeinsam mit dem Verein Alt & Jung entwickelte und seit Jahren in vielen Stadtteilen praktizierte „Bielefelder Modell“ zeigt, wie selbst bestimmtes Wohnen in der eigenen Wohnung und im Quartier mit Versorgungssicherheit – jedoch ohne die ungeliebte Betreuungspauschale bis zum Lebensende organisiert werden kann. Die BGW hat, gemeinsam mit der Genossenschaft Freie Scholle, Bielefeld zum Mekka der verschiedensten Wohnformen und Lösungen für das Alter gemacht. Hier wurden rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und frühzeitig begonnen, mit unterschiedlichen Wohnformen und Dienstleistungen zu experimentieren. Die Selbstbestimmung und Beteiligung der Mieter stand ebenso an erster Stelle wie das

Wissen darum, dass es sich um die private Wohnung eines Menschen handelt, in der die Dienstleister zu Gast sind.

Leitlinie: Altersgemischt wohnen im Quartier

Was alten Menschen nützt, ist auch für junge Familien, Kinder und Alleinerziehende gut. Alle Quartiersqualitäten – seien es das Angebot von Räumlichkeiten, die Versorgung mit Infrastruktur, sportliche und andere Freizeitangebote, sichere, gut beleuchtete Verkehrswege oder ein alten- und kinderfreundlich gestaltetes Wohnumfeld – haben einen hohen Nutzen für fast alle Bewohnergruppen. Das Geheimnis liegt in der Art der Mischung, im richtigen Umgang mit Nähe und Distanz. Das Mehrgenerationen-Wohnen wird heute nicht nur positiv gesehen: Mit Abschaffung der Altenwohnungsförderung in NRW in den 90er Jahren und der gleichzeitigen Förderung von Aufzügen etc. wurde die Mischung von Jung und Alt in den Siedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus quasi vorgegeben. Das ist nicht immer gut gegangen. Vor allem, wenn die Nachbarschaft nicht selbst gewählt werden konnte.

Doch auch bei selbst gewählten Nachbarschaften, in Wohngruppenprojekten von Jung & Alt, kracht es manchmal sogar schon vor dem Einzug, weil die Bedürfnisse und Anforderungen an das Wohnen und das unmittelbare Wohnumfeld divergieren und weil der Mensch zwar gemeinschaftlich wohnen will, aber nicht wirklich dafür geboren und erzogen zu sein scheint. Aber ich denke, er kann es durchaus lernen, wenn zum Beispiel die Vorteile der Gemeinschaft überwiegen.

Deshalb und trotz alledem dürfen der Anspruch und die Suche nach dem richtigen Nebeneinander und dem partiellen Miteinander nicht aufgegeben werden, wenn wir Quartiere mit Lebensqualitäten und Wohlfühl-Charakter anstreben. So ist es sicherlich eine Frage der einfühlsamen hausinternen Belegung: Man fühlt sich einfach wohler bei Gleichgesinnten. Es ist eine Frage des Zulassens von selbst gewählten Hausgemeinschaften nach gemeinsamen Wohnvorstellungen, von verschiedenen Bereichen für verschiedene Bewohnergruppen, nebeneinander und nicht unter- oder übereinander. Aber im Quartier sollte die Mischung angestrebt werden: Jeder innerstädtische Wohnstandort für ältere Menschen sollte auf die Unbeschwertheit und Einsatzbereitschaft von Kindern und jungen Menschen nicht verzichten – damit Quartiere sich weiter entwickeln können.

Wie packen wir’s an?

Wie kann all das, was als einzelner Service-Baustein existiert, zu einer Strategie der Versorgung für ältere Menschen werden, zu einem integrierten Handlungskonzept? Wie macht man zum Beispiel als Wohnungsunternehmen Quartiersmanagement ohne Quartiersmanager und ohne das Programm „Soziale Stadt“? Wie können sich die Kommunen einbringen, steuern, unterstützen, anregen? Wo kommen die Mittel her? Ehrlich gesagt: Ich weiß es nicht wirklich – aber ich habe einige Ideen dazu. Ich würde erst einmal mit dem „Netzwerken“ anfangen und natürlich bei Regel Nr. 1:

10 Goldene Regeln für alle, die sich auf den Weg machen wollen …

Regel Nr. 1: Genau hinschauen!

Eine (kleine) Bestands- und Bedarfsanalyse ist unverzichtbar: Alter, Haushaltsgröße, Nachbarschaftshilfe, private Dienstleistungen. Wie ist der bauliche Zustand? Wie viel Altengerechtigkeit ist möglich bzw. bezahlbar? Welche Objekte eignen sich eventuell für neue Wohnformen?

Regel Nr. 2: Gut recherchieren und auswerten!

Was gibt es schon alles und was ist unter welchen Bedingungen erfolgreich: Tagungen, Internetauftritte, Broschüren, Forschungsberichte, Veröffentlichungen. Aber wirklich gut ist es, sich bei erfolgreichen Projekten vor Ort kundig zu machen und mit den verantwortlichen Akteuren zu diskutieren.

Regel Nr. 3: Klein anfangen und schrittweise Erfahrungen sammeln

Ohne Worte

Regel Nr. 4: Vorsicht im Umgang mit Checklisten!

Jeder Standort braucht ein angepasstes Konzept. Deshalb immer bei – durchaus hilfreichen – Checklisten die Regel Nr. 1 genau beachten!

Regel Nr. 5: Angebote rund ums Wohnen und Leben im Alter ins Portfolio aufnehmen!

Das geht sicherlich nicht ohne Ressourcen für diesen neuen Leistungsbereich.

Regel Nr. 6: Breiteste Kooperationen unter allen möglichen Akteuren anstreben!

Je mehr Akteure und Dienstleister in einem Quartier „unterwegs“ sind, umso besser. Konkurrenz, wenn sie koordiniert und im Dialog ist, belebt auch hier das „Geschäft“ und sichert die notwendige Vielfalt.

Regel Nr. 7: Moderation ist wichtig!

Die „richtige“ Person identifizieren: Der- oder diejenige muss das Vertrauen der Leute haben, darf keine eigenen Karten im Spiel haben. Wohnungsunternehmen sind ebenso wie kommunale Seniorenberatungen prädestinierte Akteure. Auch professionelle Moderation befördert und qualifiziert Prozesse.

Regel Nr. 8: Qualifizierung muss sein!

Ohne Schulung aller Ebenen gibt es kein wirkliches Verständnis und sind Mitarbeiter für diese neuen Aufgaben nicht zu gewinnen.

Regel Nr. 9: Ressourcen entdecken!

Nicht die Defizite, sondern die Ressourcen sowohl des Quartiers als auch der Zielgruppen ermöglichen die Veränderung.

Regel Nr. 10: Die unterschiedlichen Ressourcen und Bedarfe der Geschlechter nutzen und bedenken!

Oder auf Neudeutsch: Ohne Gender Mainstreaming kommt man im Alter nicht aus! Das Alter ist weiblich – und zum Glück sind auch die benötigten kommunikativen Kompetenzen sowie die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Tätigkeit in besonderem Maße bei Frauen zu finden.

Ältere Migrant/innen in Duisburg – Alt werden in der fremden Heimat

Türkan Yilmaz, Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg-Essen und

Brigitte Grandt, Entwicklungsgesellschaft Duisburg

Das Projekt „Wohnortnahe Konzepte für ältere Migrant/innen“ ist Teil der Entwicklungspartnerschaft „Silberdienste". Das Ziel ist der Aufbau wohnortnaher Dienstleistungen in einem Stadtteil mit hohem Anteil an Bewohner/innen mit Migrationshintergrund (Duisburg-Marxloh/ Obermarxloh). Im Folgenden werden kurz einige demografische Daten zum Stadtteil vorgestellt sowie Ergebnisse einer Bedarfsanalyse des Rhein-Ruhr-Instituts. Daran anschließend werden die Aktivitäten des Teilprojektes im Stadtteil vorgestellt.

Die demografische Struktur der Migrant/innen in Duisburg und in Marxloh

Nach der Einwohnerstatistik der Stadt Duisburg lebten am 31.12.2005 insgesamt 500.914 Einwohner/innen in Duisburg, davon 75.572 Ausländer/innen. Wenn nach Altersgruppen unterschieden wird, sind 146.978 Deutsche und 14.255 Ausländer 55 Jahre und älter. Der Stadtteil Marxloh, in dem sich unser Stadtteilbüro befindet, sieht nach der Einwohnerstatistik so aus: Marxloh hat insgesamt 31.438 Einwohner. Davon sind 9.736 Ausländer und 21.702 Deutsche. Wenn nach Altersgruppe unterschieden wird, sind 1.938 Ausländer und 6.612 deutsche Einwohnerinnen und Einwohner 55 Jahre und älter.

Wenn wir die älteren Migrant/innen mit deutscher Staatsangehörigkeit, also eingebürgerte Ausländer/innen und (Spät-)Aussiedler/innen mit einbeziehen, so liegt die Zahl deutlich höher. Hierbei sollte noch berücksichtigt werden, dass die Migrantinnen und Migranten der ersten Generation wegen ihrer schlechteren beruflichen Qualifikation häufig von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Zudem sind sie wegen der schwierigen Arbeitsbedingungen in ihrer Vergangenheit und ihrer daraus resultierenden schlechten Gesundheitssituation häufig früher berentet und entsprechend hilfe- und pflegebedürftig. D.h., alt zu sein hängt nicht unbedingt mit dem kalendarischen Alter zusammen, sondern mit der Gesundheitssituation und dem kulturellen Altersverständnis.

Die Ausgangssituation: Migration und Altenpflege

Wir wissen schon seit den 80er Jahren, dass in Teilen der Fachöffentlichkeit (vor allem innerhalb der Migrationssozialarbeit) darüber diskutiert wird, was es für die Gesellschaft insgesamt und insbesondere für das Altenhilfesystem bedeutet, wenn die Generation der „Gastarbeiter“ ins Rentenalter kommt. Seit den 90er Jahren hat es zahlreiche Modellprojekte und Studien zum Thema „Alte Migranten und Migrantinnen“ gegeben. Auch in der Politik ist das Thema seit längerem präsent. Auf der anderen Seite scheint die immer wieder erhobene Forderung an das Altenhilfesystem, sich auf die Bedürfnisse und die Pflege älterer Migrantinnen und Migranten vorzubereiten, weitgehend folgenlos geblieben zu sein. Die Praxis der ambulanten und stationären Altenhilfe, die Aus- und Weiterbildung der Pflegekräfte sowie die Altensozialarbeit sind über das Stadium von Modellprojekten kaum hinausgekommen. Es kann weder von einer Implementation in den Alltag der Institutionen die Rede sein noch von angemessenen Lösungsstrategien der dort tätigen Akteure. Die manchmal durchaus vorhandenen guten institutionellen Voraussetzungen führen nicht

dazu, Migrantinnen und Migranten in ausreichender Zahl für diese Institutionen zu gewinnen. Dabei ist die interkulturelle Öffnung von Institutionen der Altenhilfe eine durchaus zukunftsweisende Strategie, neue Kunden zu gewinnen und das Geschäftsfeld zu erweitern. Eine Strategie, die es erlaubt, Beschäftigung von Fach- und Hilfskräften zu sichern und zu erweitern.

Die im Rahmen der Strategie der Entwicklungspartnerschaft „Silberdienste“ definierten Ziele, nachhaltige Strukturen für wohnortnahe Angebote im Bereich der personenbezogenen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen im Ruhrgebiet und den angrenzenden Regionen in NRW aufzubauen, lassen sich auch für die immer größer werdende Gruppe der älteren Migrantinnen und Migranten formulieren. Im Resultat sollen neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte im Bereich der altersgerechten Dienstleistungen, insbesondere der Altenpflege entstehen.

Das Konzept und die Partner des Teilprojektes

Um die Bedürfnisse der MigrantInnen zielgenau zu ermitteln, hat das Rhein-Ruhr-Institut in Duisburg-Obermarxloh eine Bedarfsanalyse durchgeführt. Die Interviews mit Schlüsselpersonen im Stadtteil sowie mit Experten und Expertinnen sind abgeschlossen. Der erste Zwischenbericht liegt vor.

Als Produkte dieses Teilprojekts ist zum einen ein Dienstleistungsangebot für ältere MigrantInnen im Stadtteil geplant, welches passgenau auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist und langfristig Bestand hat. Zu den Dienstleistungen gehören u.a. Hilfen im Haushalt, Kleinreparaturen, Begleitdienste, einfache Hilfen bei der persönlichen Hygiene (vorpflegerische Tätigkeiten unterhalb der Leistungen von Pflegediensten), Hilfe beim Einkauf, Erhalt und Pflege sozialer Kontakte. Zum anderen werden im Laufe des Projektes Qualifizierungsmodule entwickelt und erprobt, die für andere Träger und Einrichtungen nutzbar sind. Mittelfristig sollen neue Beschäftigungsmöglichkeiten und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Bereich der altersgerechten Dienstleistungen entstehen – auch, aber nicht nur für MigrantInnen.

Der Transfer ist ein weiteres wichtiges Ziel des Projektes: einerseits der Transfer der Erfahrung – Wie wird ein passgenaues Angebot in einem Stadtteil mit hohem Anteil an Älteren mit Migrationshintergrund entwickelt? – und andererseits der Transfer des Produkts in andere Stadtteile Duisburgs sowie in andere interessierte Städte in NRW. Entsprechend werden die relevanten Ergebnisse des Teilprojekts in einer Veröffentlichung dokumentiert und für das Mainstreaming aufbereitet.

Kooperationspartner des Projektes sind:

- Das RISP – Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg-Essen. Das RISP hat eine Bedarfsanalyse für das Dienstleistungsangebot erarbeitet und begleitet das Programm wissenschaftlich; Qualifizierungsbausteine für im Stadtteil arbeitende Pflegekräfte zu migrantenspezifischen Problemstellungen werden erarbeitet und erprobt.

- Die EG DU – Entwicklungsgesellschaft Duisburg**.** Die EG DU betreibt den Senioren-Service-Treff im Stadtteil und baut ein stadtteilbezogenes Netzwerk von Hilfsangeboten auf.
- Die Kath. Jugendberufshilfe Duisburger Werkkiste e.V. stellt Dienstleistungen zur Verfügung und qualifiziert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im vorpflegerischen Bereich.
- Die Rhein Lippe Wohnen GmbH hat die Räume der Begegnungsstätte zur Verfügung gestellt.

Älter werden in Duisburg-Marxloh – Einige Ergebnisse der Bedarfsanalyse – Informationsdefizite über die Altenhilfe sind das größte Problem

Alle vom RISP interviewten ältere Migrantinnen und Migranten leben seit 20 bis 30 Jahren im gleichen Stadtteil. Sie gehören zur Gruppe der so genannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die ihren Lebensabend im gleichen Stadtteil verbringen werden, in dem sie auch vorher lange Jahre gelebt haben. Die Wohnungen im Stadtteil Obermarxloh werden vorwiegend von der Wohnungsgesellschaft Rhein Lippe Wohnen GmbH bewirtschaftet. Diese haben dort auch einen eigenen Sitz und ein Kunden-Center im Stadtteil.

Zahlen zur baulichen Struktur des Stadtteils enthält die Broschüre „Ziele und Projekte 09/2005“. Genaue Zahlen liefert diese Broschüre für das Wohngebiet „Dichterviertel“ im Stadtteil Obermarxloh. Der Broschüre nach sind sämtliche Gebäude von der RAG Immobilien-Tochter, der Rhein-Lippe Wohnen GmbH, mit Unterstützung des Landes und der Stadt Duisburg in den 90er Jahren denkmalgerecht kernsaniert worden. Die weitläufigen Innenhöfe wurden völlig neu gestaltet und so wurde ein attraktives Wohnumfeld geschaffen. 85% der nunmehr 1.445 Wohnungen sind Drei- bis Vier- Zimmer Wohnungen zwischen 50 und 80 Quadratmetern Größe. Zusätzlich zur Modernisierung des Althausbestandes wurden auch die Außenanlage mit Zuwegen, Gemeinschaftsflächen und Mietergärten überplant und neu gestaltet. Kinderspielplätze und Kommunikationsecken für die nachbarschaftliche Begegnung sollen für mehr Lebensqualität im Stadtteil sorgen.[2]

Bei allen Interviewpartner/innen konnte man Informationsdefizite über das Altenhilfesystem in Deutschland feststellen. Besonders über die Pflegeversicherung und die offene, ambulante und stationäre Altenhilfe. Dienstleistungsangebote sind gar nicht bekannt. Alle Arten von Hilfen und Informationen werden von Familienangehörigen, Bekannten oder Nachbarn eingeholt. Nachbarschaftliche Hilfen im Alltag sind sehr bedeutsam.

Als Freizeitgestaltung gibt es für ältere Menschen nur sehr wenige Möglichkeiten im Stadtteil. Sie sind meistens mit ihrem Garten beschäftigt. Sie treffen sich im Garten. Oder die Frauen treffen sich in der Wohnung. Männer treffen sich in der Moschee. Den Pflegepersonen bleibt keine Freizeit. Pflegebedürftige sind nicht in der Lage zu reisen. Es gibt unter den Interviewpartnern Leute, die seit 9 Jahren ihre Familienangehörigen nicht gesehen oder seit 7 Monaten ihre Wohnung nicht verlassen haben. Fernsehen, besonders Sendungen in der Muttersprache sind die einzige Möglichkeit für das Sozialleben.

[2] Vgl. Ziele und Projekte 9/2005 Neue Wege. Stadt Duisburg, Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement im Kooperation Rhein Lippe.

Es zeigt sich, dass der überwiegende Teil der abgefragten Dienstleistungen kaum genutzt wird. Gründe für die geringe Inanspruchnahme haushaltsbezogener Dienstleistungen sind erstens die Informationsdefizite, zweitens die Einkommenssituation älterer Migrantinnen und Migranten. Die Erwerbsbiographie, geringere Qualifikation, schlechter bezahlte Tätigkeiten und höhere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sind die Gründe dafür. Dennoch ist die Funktionsfähigkeit familiärer Beziehungen momentan wegen der Not noch nicht eingeschränkt.

Zu den stärker gewünschten Leistungen zählen (in der Reihenfolge der meisten Nennungen):

- Beratungen zum Altenhilfesystem, zur Pflegeversicherung, zu Dienstleistungen, zu Hilfsmitteln, Wohnberatung, usw.,
- Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen,
- Begleitung zum Arzt und zu Behörden,
- Einkaufsdienste,
- Haushaltshilfen wie putzen und kochen,
- kleinere handwerkliche Tätigkeiten,
- Reparaturdienste,
- Treffpunkte für Senioren/ Freizeitangebote,
- Fahrdienste,
- Kultursensible Pflegedienste,
- Freizeitangebote und
- Umgang mit Einsamkeit.

Aktivitäten des Teilprojektes

- **Senioren-Service-Treff**

Der Senioren-Service-Treff wurde offiziell mit einem Pressegespräch am 08.12.2005 am Goetheplatz 1 geöffnet. Teilgenommen haben drei deutsche und drei türkische Zeitungen sowie ein türkischer Fernsehsender.

Zurzeit arbeiten im Stadtteil
8 Mitarbeiterinnen und 2 Mitarbeiter.

Neu: Treffpunkt für Senioren

Hilfe mit ganz viel Herz und Liebe

Fortsetzung von Seite 1:

Bedarfsanalysen geben Aufschluss über die verschiedensten Bedürfnisse und Wünsche der älteren Menschen. „Beratung spielt eine große Rolle. Durch Sprachprobleme, Hemmschwellen und fehlende Mobilität kann schon ein Besuch beim Arzt oder beim Amt mit Schwierigkeiten verbunden sein. Da setzt unsere Hilfe an“, so Türkan Yilmaz vom Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung an der Uni Duisburg.

Stadtteil soll aufgebaut werden

Das Projekt bietet eine Begegnungsstätte mit Café und offenem Treffpunkt für Senioren an sowie Freizeitangebote und haushaltsnahe Dienstleistungen im vorpflegerischen Bereich. Wolfgang Hecht von der Duisburger Werkkiste e.V. (Verein für katholische Jugendberufshilfe): „Bisher war es in erster Linie unsere Aufgabe uns um junge Menschen zu kümmern, auch Kenntnisse im vorpflegerischen Bereich sind vorhanden. Im Rahmen des Projektes für Senioren werden von uns nun neue qualifizierte Kräfte ausgebildet und vor allem für diese Arbeit sensibilisiert.“

Finanziert wird das Projekt von der Gemeinschaftsinitiative „Equal“, einem europaweiten Programm zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Die Vertreter der unterstützenden Träger sind sich einig: der Stadtteil soll aufgebaut und die Lebensqualität der älteren Menschen erhöht werden. nk

- **Angebote des Senioren-Service-Treffs**

Das Projekt bietet im Stadtteil eine Begegnungsstätte, ein Café und einen offenen Treffpunkt für ältere Bewohnerinnen und Bewohner. Um die Kontakte im Stadtteil zu den Bewohner/innen zu aktivieren, finden einmal in der Woche im Senioren-Service-Treff ein Frühstück und einmal ein Erzählcafé statt. Im Erzählcafé wird nicht nur über die Migration und Migrationsgeschichte diskutiert und gelesen, sondern es werden verschiedene Informationen über Pflegeversicherung, Rentenversicherung, Psychiatrie und Migration, gesunde Ernährung sowie Sport durch eine Referentin oder Referenten vermittelt.

EINLADUNG

ZUM 1. SENIORENFRÜHSTÜCK

Ältere Bewohner/innen und Angehörige des Dichterviertels sind herzlich eingeladen

Ort: Goetheplatz 1
Termin: 14.12.2005
Uhrzeit: 10.00 – 13.00 Uhr
Ansprechpartnerinnen: Frau Arslan, Frau Gaede

An diesen Tag möchten wir unser neues Projekt vorstellen. Über Ihre Anregungen und Wünsche freuen wir uns!

Kooperationspartner:
LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH
EGDU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH
RISP Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg - Essen
Duisburger Werkkiste e.V. Verein für Katholische Jugendberufshilfe
Rhein-Lippe Wohnen GmbH

DAVET

SAYIN DİCHTERVİERTEL MAHALLESİ SAKİNLERİ

Sizleri mahallemizde yaptığımız ilk kahvaltılı toplantıya

14. Aralık 2005 Çarşamba günü saat 10.00 – 13.00 arası

bekliyoruz

Toplantı amacımız sizlerle tanışmak, projemizi tanıtmak ve bizlerden beklentilerinizi öğrenmektir.

Toplantı Adresi: Goetheplatz 1
Proje sözcüsü: Fatma Arslan

Projeden sorumlu Kuruluşlar:
LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH
EGDU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH
RISP Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg - Essen
Duisburger Werkkiste e.V. Verein für Katholische Jugendberufshilfe
Rhein-Lippe Wohnen GmbH

- **Freizeitangebote für Seniorinnen und Senioren**

Einige Beispiele für Freizeitangebote sind Besuche der Stadtbücherei, Ausflüge in den botanischen Garten, Besichtigung des Kölner Doms sowie eine Hafenrundfahrt in Duisburg.

- **Haushaltsnahe Dienstleistungen und Hilfsangebote im vorpflegerischen Bereich für ältere Menschen**

Handlungsempfehlungen

Unserer Feststellung nach stellen ältere Migrant/innen im Stadtteil Marxloh keine homogene Gruppe dar. Sie weisen nicht nur zwischen einzelnen Gruppen sehr vielfältige Lebensstile und unterschiedliche Ansprüche auf, sondern auch innerhalb dieser Gruppen. Bildungsniveau, körperliche Fitness, unterschiedliche Interessen oder finanzielle Möglichkeiten sind wichtige Gründe dafür. Diese Gründe wirken sich auch auf ihren individuellen Dienstleistungsbedarf aus. Es ist also notwendig, anhand der Wünsche und Einstellungen älterer Menschen weiter auszudifferenzieren und eine Verdichtung zu Lebensstilgruppen vorzunehmen, um der Heterogenität dieser Gruppe annähernd gerecht zu werden.

Ältere Menschen haben vor allem viel Zeit. Für die Freizeitgestaltung der Migrantenfamilien der ersten Generation sind ganz besonders die Gartenanlagen in den Innenhöfen von wichtiger Bedeutung. Denn man darf nicht vergessen, dass diese Generation größtenteils aus einer Agrargesellschaft stammt. Der Garten ist die Erinnerung an die Kindheit und steht für sie nach der Berentung im Vordergrund und ist deshalb für sie eine sehr wichtige Freizeitbeschäftigung.

Wenn sie ihre Wohnung nicht mehr verlassen können, dann gewinnen die Aktivitäten, die sie in der eigenen Wohnung machen können an Bedeutung – es sind eher passive Tätigkeiten, die an Stellenwert gewinnen. Die Wohnung und das engere Wohnumfeld werden zum Lebensmittelpunkt, bestehende Gewohnheiten werden intensiviert und ausgedehnt und Mediennutzung und Telefonieren gewinnen in dieser Altersgruppe stark an Bedeutung. Hier sind Leistungen wie Fahrdienste und Wohnberatung sehr wichtig.

Frauencafé im Senioren-Service-Treff

Entwicklung attraktiver und zielgruppengerechter Angebote

Als generelles Hemmnis für eine stärkere Inanspruchnahme haushaltsbezogener Dienstleistungen im Stadtteil Obermarxloh können wir diese Gründe nennen:

1. die Informationsdefizite über die Möglichkeiten der Dienstleistungsangebote
2. außer den Pflegediensten keine Dienstleistungsanbieter für die MigrantInnen im Stadtteil
3. die traditionelle Hilfsbereitschaft der Familienangehörigen und Nachbarn
4. geringe Zahlungsbereitschaft wegen niedriger Rente
5. Sprachprobleme

Die Dienstleistungen, die wir anbieten wollen, sollten attraktiv sein. Das Angebot soll den spezifischen individuellen Bedürfnissen entsprechen. Sie müssen bekannt und leicht zugänglich sein, die Qualität soll stimmen. Vertrauen spielt hierbei eine sehr wichtige Rolle. Vertrauen kann nur aufgebaut werden, wenn wir mit festen Bezugspersonen bzw. Ansprechpartner/innen zusammenarbeiten.

Eine Herausforderung für uns ist, eine verbesserte Zugänglichkeit haushaltnaher Dienstleistungen für einkommensschwache Gruppen zu gewährleisten. Die Pflegeversicherung hat zur Verbesserung der Versorgung geführt, aber nur für diejenigen, die bereits eine Pflegestufe haben, also erhebliche gesundheitliche Einschränkungen aufweisen. Es gibt aber im Stadtteil eine große Gruppe von älteren Menschen, die noch keine Pflegestufe haben, aber Unterstützung bräuchten. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns die Frage stellen, wie wir den Zugang zu Dienstleistungen auch denjenigen ermöglichen können, die sich diese nicht oder nicht in ausreichendem Maße leisten können.

Unser zentraler Ansatzpunkt für die Angebote haushaltnaher Dienstleistungen für ältere Menschen sollte eine stärkere Verknüpfung und Koordinierung von unterschiedlichen Dienstleistungen und Beratungsstellen sein. Die Akzeptanz dieser Dienstleistungen wird in dem Maße wachsen, indem Hilfen aufgrund eingeschränkter Mobilität und sinkender körperlicher Leistungsfähigkeit erforderlich werden.

Wohngemeinschaften mit qualifizierter, ambulanter Pflege in der Rhein-Ruhr Region

Margarete Decher, Vorsitzende Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Auszug aus den Vortragsfolien vom 25.04.2006

zip

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Der gemeinnützige Verein ZiP e.V.

- vertritt die Interessen von Menschen mit Demenz und Gesundheitseinschränkungen
- arbeitet interdisziplinär, regional und international mit innovativen akteuren im Sozial- und Gesundheitswesen zusammen.
- ist wissenschaftlicher Kooperationspartner des Instituts für Pflegewissenschaft der Universität Witten/Herdecke

2

zip

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Das Wohngemeinschaftsprinzip des ZiP e.V.

Ein qualifizierter Beitrag zur Weiterentwicklung von Wohnquartieren von dem alle beteiligten profitieren:

1. die betroffenen Menschen,
2. deren Angehörige,
3. die Wohnungswirtschaft sowie
4. die ambulanten Pflegedienste.

5

Unterbringung im Alten- und Pflegeheim:

- Geringe Personaldichte
- Räume ohne Leben, Atmosphäre wie im Krankenhaus, bestenfalls wie im Hotel
- Verlust sinnvoller Alltagsbezüge: Hauptbeschäftigung = Warten, das der Tag vergeht
- Dominanz des Körpers, psychosoziale Betreuung nur im Ausnahmefall
- Zwangsmaßnahmen, Sedierung und Fixierung
- Angehörige sind Besucher, Hausherr ist der Heimbetreiber

Heimmilieu - Orientierung am Vorbild Krankenhaus

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Leben in einer Demenz-WG nach den Prinzipien des ZIP e.V.

- Hohe Personaldichte
- Räume zum Leben, Atmosphäre wie zu Hause
- Biografiegeleitete Wiederherstellung sinnvoller Alltagsbezüge
- Dominanz der Begegnung, psychosoziale Betreuung ist Teil einer ganzheitlichen Pflege
- Keine Zwangsmaßnahmen, keine Sedierung/Fixierung
- Angehörige als gleichberechtigte Partner und Hausherren

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

8

Vertragsbeziehungen

Wohnungsgeber <-> ZIP e.V.
ZIP e.V. <-> Mieter
Der Verein ist gegenüber dem Wohnungsgeber Anmieter und gegenüber dem alten/chronisch kranken Menschen Vermieter von Wohnraum.
Es gilt das normale Mietrecht, die Wohnung bleibt somit ein privater Haushalt (kein Status als Heim oder Einrichtung des betreuten Wohnens).

Pflegedienst <-> Angehörige/ges. Betreuer
Die Pflegedienste schließen mit den Klienten ganz normale Pflegeverträge auf der Grundlage ihrer bestehenden Versorgungsverträge ab.

Pflegedienst <-> ZIP e.V.
Die Pflegedienste schließen mit dem Verein einen Vertrag über Beratung, Schulung und Praxisbegleitung ab.

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

11

Ergebnisse

Die kontinuierliche ZiP-Qualitätssicherung ermöglicht den Menschen mit Demenz in unseren WGs

- selbstbestimmt zu Handeln,
- beieinander sein und füreinander sorgen zu können,
- ein hohes „relatives Wohlbefinden“ zu erreichen,
- vertraute Dinge tun zu können,
- Gemeinschaft zu erleben und
- sich zu Hause zu fühlen

Zusammengefasst:
Ein menschenwürdiges Leben und Sterben!

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

18

Das Raumkonzept der Zip-WGs

zip

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Lageanforderungen:

- Integration in Umgebungsbebauung
  (Wohn- oder Mischgebiete, max. 2 WGs in einem Objekt,
  keine Konzentration marginalisierter Gruppen)
- Erreichbarkeit (ÖPNV-Anbindung)
- Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe
- Kein Negativimage („Ghettostandorte“)

zip

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Objektanforderungen:

Geeignet sind alle Wohnhaustypen

vom renovierten Altbau bis zum Neubau,
vom Wohn- und Geschäftshaus bis zum reinen Wohnhaus,
vom Einfamilienhaus bis zum Wohnblock.

Meist fasst der Wohnungsgeber die benötigte Wohnfläche aus bis zu 4 bestehenden Wohneinheiten zusammen.

zip

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Wohnungszuschnitt

- Großzügiger Gemeinschaftsbereich, im Mittelpunkt die Wohnküche und das Wohnzimmer
- Kurze Wege (Präsenzkraft im Bereich des Naherlebens)
- Jeder Mieter hat ein eigenes Schlafzimmer
- Keine heimtypischen Funktionsräume
- Gute Belichtung

zip

Wohnungsausstattung

- Renovierter Zustand
- Klassische Armaturen in Bädern
- Vollständige Eigenmöblierung aller Räumlichkeiten
- Pflegewissenschaftlich genau austarierte, objektbezogene Kompromissbildung zwischen Sicherheitsaspekten und Lebensweltorientierung
- Zugänglichkeit für Rollstuhlfahrer und Schwellenfreiheit durch Plattform-Treppenlifte, Behinderten-Aufzüge, Schwellenüberbrückungen, bodengleiche Duschen, Türverbreiterungen etc.

zip

Wohnungsgröße

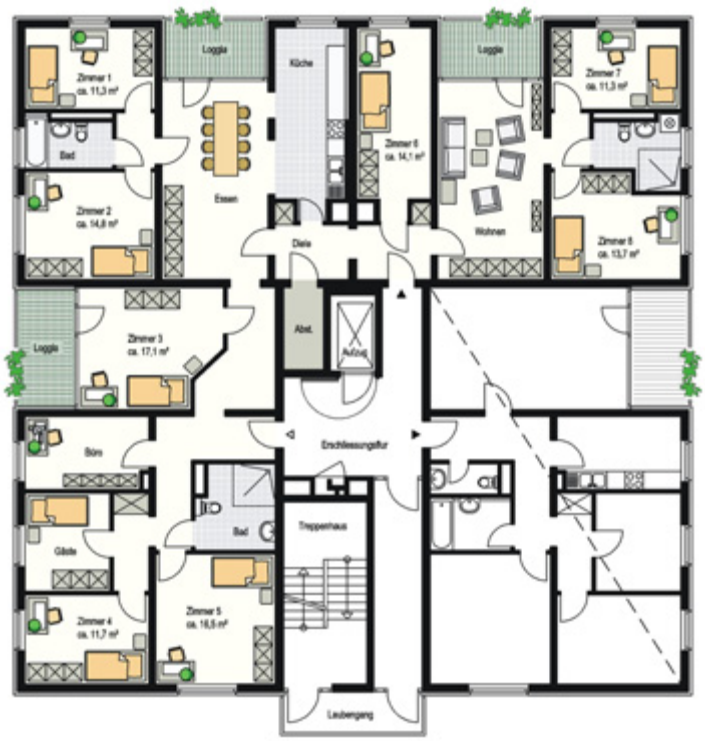
Optimal für eine Wohngemeinschaft mit acht Mietern:
220 - 280 qm

Aufteilung

- 8 Schlafzimmer
- 1 große Wohnküche
- 1 großes Wohnzimmer
- 4 Badezimmer (2 x bodengl. Dusche, 2 x Wannenbad)
- 1 Gästezimmer
- div. Nebenräume
- Freisitz: Großer Balkon und/oder Garten

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

zip



Beispiel-Grundriss 2

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Sozialrechtliche Einordnung

- Wohngemeinschaft als Privathaushalt (Status als Nicht-Heim)
- Grundrecht auf freie Wahl des Wohnortes
- Umsetzung des Anspruches “ambulant vor stationär“
- Unzumutbarkeit (SGB 12 § 13. 1) der zwangsweisen Unterbringung im Heim
- Angemessenheit (SGB 12 § 9. 2) der Kosten der ambulanten Versorgung in der WG (preiswerter als im Einzelhaushalt)
- Anspruch auf alle ambulant gültigen Leistungen:
  - Hilfe zum Leben, Hilfe zur Pflege,
  - SGB 11 Leistungen (Sachleistungen nach Pflegestufen),
  - SGB 5 Leistungen etc.

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

26

Vergleich struktureller Wertschöpfungs-aspekte für den Klienten

	Ambulant betreute WG	Stationäre Einrichtung
Wohnraum	In bestehenden Quartieren	Neubau
Investitions-kosten	Umbaukosten **Ca. 50. 0000 €** Kostenträger: Wohnungswirtschaft	Baukosten **Ca. 7 000 000 €** Kostenträger: Städte, Wohlfahrtsverbände oder private Träger
Betreuungs-dichte	Für den Kontakt zu den Mietern stehen über **90%** der Gesamtarbeitszeit zur Verfügung	Für den Kontakt zu den Bewohnern bleiben ca. **33%** der Gesamtarbeitszeit
Flächen-ausnutzung	Dem Klient stehen nahezu **100%** der Wohnfläche als Lebensraum zur Verfügung	Dem Bewohner stehen max. **40%** der Gesamtfläche als Lebensraum zur Verfügung

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Vorteile des zip-Wohngemeinschaftsprinzips für Wohnungsgeber

- ✓ Zusammenarbeit mit einem professionellen, Partner
- ✓ Vermeidung von Pflegeskandalen bei Umsetzung Semi-professioneller WG-Konzepte
- ✓ Schaffung eines professionellen Versorgungsangebotes für demenzbetroffene Mieter im eigenen Wohnquartier
- ✓ Sicherheit für alle älteren Mieter im Bestand, dass sie im Falle einer Erkrankung nicht von einer Heimunterbringung bedroht sind
- ✓ Erfahrungsvorsprung in einem neuen Segment der Wohnraumvermietung
- ✓ Vermeidung von Leerständen - Sicherung von Mieteinnahmen
- ✓ Schärfung des sozialen Profils, Nachweis innovativen Denkens

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Vorteile des zip-Wohngemeinschaftsprinzips für die Kommunen

- ✓ Schaffung von Wahlmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger.
- ✓ Vermeidung sämtlicher Investitions- und Verwaltungskosten die im Rahmen des Baus weiterer Heime auf die Kommune zukommen.
- ✓ Befriedigung des Bedürfnisses der Bevölkerung im Falle von Pflegebedürftigkeit nicht in ein Heim zu müssen.
- ✓ Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Standortes - Abkehr von Versorgungsstrukturen des 19. Jahrhunderts.
- ✓ Vermeidung von Pflegeskandalen im Rahmen des Wildwuchses neuer, nicht qualitätsgesicherter Wohnprojekte.
- ✓ Vorbereitung der Kommune auf die zu erwartende Gleichbehandlung ambulanter Pflege durch die Pflegekassen

Zukunftsinstitut Pflege e. V.

Zusammenfassung der abschließenden Diskussion

Moderation: Jeanette Schmidt, LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH

Bericht: Tamara Frankenberger und Brigitte Maligoi, LEG AS

Im Anschluss an die Vorträge nutzten Teilnehmer/innen und Referent/innen den Raum für eine Diskussion der vorgestellten Ansätze. Die folgende Zusammenfassung gibt die wichtigsten Diskussionspunkte gebündelt wieder, erhebt jedoch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

Teilnehmer/innen des Podiums

- Brigitte Grandt, Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH
- Margarete Decher, Zukunftsinstitut Pflege e.V., Castrop-Rauxel
- Ulrich Ernst, Stadtkanzlei Mülheim an der Ruhr
- Angelika Simbriger, Klaus Novy Institut e.V., Köln
- Türkan Yilmaz, Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung an der Universität Duisburg-Essen, Duisburg

Die vorgestellten Überlegungen und Projektansätze in den vorangegangenen Vorträgen zeigen einen Ausschnitt des facettenreichen Themas Altern im Quartier. Die abschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Fragen nach den zentralen Akteuren, den Zugängen zu den älteren Menschen, insbesondere auch zu Migrant/innen, den möglichen und notwendigen Kooperationen und Organisationsstrukturen in den Stadtteilen sowie der Finanzierung der Dienstleistungen und der Anlaufstellen im Quartier.

Unbestritten ist für Kommunen wie für Wohnungsunternehmen, dass das altengerechte Wohnen in den Quartieren hohe Priorität besitzt und mitentscheidend ist für die zukünftige Standortentwicklung und Standortsicherung. Eine zentrale Frage dabei ist, wer die Ressourcen bereitstellt für Beratung, Dienstleistungen, Infrastruktur und vor allem für die Startphase der Projekte. Vielen Kommunen fehlen für diese Art Sonderaufgaben die finanziellen Mittel, um adäquat in den Stadtteilen Erfolg versprechende Strukturen aufzubauen. So berichtet ein Teilnehmer von einem ambitionierten Projekt in einer Großstadt, die in sechs Sozialräumen mit jeweils ca. 25.000 Einwohner/innen pro Sozialraum eine Person für gemeinwesenorientiertes Quartiersmanagement einsetzt. Diese Person soll u.a. alle Facetten sozialer Dienstleistungen mit einem Netz von Kooperationspartnern aufbauen sowie ehrenamtliches Engagement initiieren und organisieren. In der Diskussion wurde kritisch hinterfragt, ob ein derart komplexes Aufgabenspektrum von einer Person geleistet werden kann.

Frank Esser von der Mülheimer Wohnungsbau e. G. betonte in seinem Vortrag, dass ältere Menschen für Wohnungsunternehmen wirtschaftliche Mieter sind: Sie vermeiden Wohnungswechsel – jeder Wohnungswechsel kostet Geld -, sie bezahlen ihre Miete, pflegen ihre Wohnung und ihre Nachbarschaft, in der sie häufig stabilisierend wirken. Die Diskussion bestätigte diese Sichtweise. Ältere Mieterinnen und Mieter im Bestand zu halten, ist eine monetäre Größe für Wohnungsunternehmen. Altengerechtes Wohnen im Bestand

verbessert die wirtschaftliche Ausrichtung eines Unternehmens. Ökonomisch könnte sich ein Wohnungsunternehmen über ein Alleinstellungsmerkmal, in dem es z. B. nicht nur in den Bestand, sondern auch in die Vermittlung von Dienstleistungen investiert, eine verbesserte Marktposition schaffen.

Projekte wie die vorgestellte EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Silberdienste“ werden gefördert und sind damit zeitlich befristete Projekte. Hinzu kommt, dass die Beschäftigten in sozialen Dienstleistungen in der Regel schlechte Verdienstmöglichkeiten haben. Eine zentrale Frage in der Diskussion war, ob die erforderlichen Dienstleistungen mit dieser Art von Strukturen funktionieren können. Zumal das Vertrauen in den Erbringer der Dienstleistung gerade für ältere Menschen eine wesentliche Voraussetzung ist, Dienstleistungsangebote in Anspruch zu nehmen. Insbesondere haushaltsbezogene Dienstleistungen wie Wohnungsreinigung werden nach wie vor nur zögerlich von älteren Menschen angenommen. Dessen ungeachtet machen Erfahrungen deutlich, dass es zur Wohnzufriedenheit beiträgt, wenn Mieter/innen wissen, dass bestimmte Dienstleistungen in ihrem direkten Wohnumfeld und nicht nur in der Gesamtstadt, angeboten werden. Für die Anbieter von Kostenverursachenden Dienstleistungen stellt allein die Bereitstellung ein fast unlösbares Problem dar. In vielen Kommunen, aber auch bei Wohnungsunternehmen, wird deshalb die Tendenz festgestellt, vor allem unterstützende Dienstleistungen über Ehrenamt bzw. bürgerschaftliches Engagement zu organisieren.

Der Prozess zur Entwicklung eines altengerechten Quartiers sollte gut vorbereitet und konsequent durchdacht werden. Zum einen müssen alle beteiligten Akteure das Thema „das alternde Quartier“ zunächst durchdringen und zum anderen müssen die Menschen vor Ort eingebunden werden. Für den Start sind niederschwellige, auf Kommunikation gerichtete Angebote wie Cafés, Treffpunkte oder Runde Tische meist unerlässlich. Das Dienstleistungsangebot selbst hängt sehr stark von der Struktur des Wohnungsviertels ab. Als wichtiges Element wird genannt, dass Anbieter vor Ort nicht nur präsent sein, sondern auch sichtbare Aktivitäten entfalten sollten. Gute Erfahrungen haben Diskussionsteilnehmer/innen z. B. mit Hausmeistern gemacht, die in dem Quartier aufgewachsen und bekannt sind. Hinzu kommen bewährte Kooperationen mit Kirchengemeinden, Migrantenorganisationen oder Vereinen im Stadtteil.

Zugänge finden und Vertrauen schaffen, ist in dem Projekt im Duisburger Dichterviertel die Grundvoraussetzung, um ältere Migrant/innen zu mobilisieren und anzusprechen. Bei vielen Migrant/innen ist es traditionell unüblich, Dienstleistungen von Fremden in Anspruch zu nehmen. Zudem existieren erhebliche Informationsdefizite über das deutsche Altenhilfesystem oder die Pflegeversicherung. In dem Projekt arbeiten Multiplikatorinnen mit Migrationshintergrund, die bei den älteren Menschen im Quartier bekannt sind. Vertrauen und Mund-zu-Mund-Propaganda sind zentrale Aspekte, um älteren Migrant/innen Service und Dienstleistungen, die sie benötigen und die sie bezahlen können, näher zu bringen. Gleichzeitig kooperiert das Projekt mit Pflegediensten, die bessere Zugänge zu älteren Migrant/innen erhalten, indem sie Teilnehmerinnen aus Qualifizierungsmaßnahmen mit Migrationshintergrund in ihre Arbeit einbeziehen. Projekte wie in Duisburg können nur in Kombination von wirtschaftlichen und arbeitmarktpolitischen Elementen mit dem Ehrenamt funktionieren und brauchen Zeit, um zu wachsen.

Bei der Frage nach der Finanzierbarkeit, die einen breiten Raum in der Debatte einnahm, steht die wirtschaftliche Perspektive im Mittelpunkt. Sollte das Thema der alternden Gesellschaft, des alternden Quartiers, von den Akteuren – also auch von den Kommunen und Wohnungsunternehmen – nicht eher volkswirtschaftlich als betriebswirtschaftlich betrachtet werden? Zu Beginn ist es unerlässlich, dass Geld investiert werden muss, um den Prozess eines altengerechten Quartiers in Gang zu setzen. Unter dem Strich wird es sich aber mittelfristig, d. h. in den nächsten 10 Jahren, auszahlen. Erhebliche Folgekosten für Kommunen (Stichwort: teuere Heimplätze) und Wohnungsunternehmen (Stichwort: Verlust älterer Mieter/innen) könnten zumindest minimiert werden. Die breit verankerten Wohnberatungsstellen in NRW sind ein gutes Beispiel dafür, dass es nicht nur sozialpolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist, Menschen Unterstützung zu geben, damit sie in ihrem gewohntem Wohnumfeld bleiben können.

Angemerkt wurde in der Diskussion, dass im System der Pflege ausreichend Geld vorhanden sei. Dieses Geld müsste jedoch umverteilt werden. In den Kommunen müssen einerseits Ressortgrenzen überschritten werden, um eine Problemlösung in der Stadt als Ganzes zu erreichen. Andererseits müssten viele kommunalfinanzierte Angelegenheiten auf den Prüfstand, ob sie heute noch geeignete Problemlösungen und zukunftstauglich sind, unabhängig von jedweden Besitzstandswahrungen. Wenn es nicht gelingt umzuschichten, neu zu sortieren und Ressourcen für neue, andere Projekte einzusetzen, dann werden Kommunen perspektivisch kaum lösbare finanzielle Probleme bekommen. Das ist der Kern der Auseinandersetzung, der innerhalb der Kommunen seit Jahren geführt wird. Es muss gelingen, politisch davon zu überzeugen, dass diese neuen konkreten kommunalen Aktivitäten wichtiger sind als andere, bereits vorhandene.

Ein spezifischer Aspekt in der Diskussion wurde dem Thema Wohngemeinschaften für Demenzkranke gewidmet. Es wäre wünschenswert, in möglichst vielen Quartieren einer Stadt Demenz-WGs zu realisieren, um der lebensgeschichtlichen Orientierung der Menschen gerecht zu werden. Bisher werden in der Regel Demenz-WGs in benachteiligten Stadtteilen, meist in Wohnbeständen mit einer hohen Leerstands- und/ oder Fluktuationsrate eingerichtet. Ein Umdenken in der Bevölkerung ist ebenfalls notwendig, denn an Demenz erkrankte Menschen werden in der Nachbarschaft noch zu wenig akzeptiert. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist hier auch die Gesetzgebung: So subventioniert die Pflegeversicherung nach wie vor stationäre Einrichtungen wie Altenheime und weniger ambulante Wohnformen wie Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen.

Impressum

Verfasser

Ralf Zimmer-Hegmann, Dr. Tamara Frankenberger, Harald Wölter, Ulrich Ernst, Frank Esser, Angelika Simbriger, Türkan Yilmaz, Brigitte Grandt und Margarete Decher.
Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Verfasser verantwortlich.

Redaktionelle Bearbeitung

Dr. Tamara Frankenberger und Brigitte Maligoi

Herausgeber

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und
Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW)
Fachbereich Stadtentwicklung und Wohnungswesen
Postfach 10 17 64
D-44017 Dortmund
Telefon: +49 (0)231 9051-0
Telefax: +49 (0)231 9051-155
E-Mail: poststelle@ils.nrw.de
URL: www.ils.nrw.de

LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH (LEG AS)
Hohbeck 10
D-40882 Ratingen
Telefon: +49 (0)2102 8667-300
Telefax: +49 (0)2102 8667-222
E-Mail: tamara.frankenberger@leg-nrw.de
URL: www.leg-nrw.de

Kontakt

Dr. Tamara Frankenberger
LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH
Hohbeck 10
D-40882 Ratingen
Telefon: +49 (0)2102 8667-136
Telefax: +49 (0)2102 8667-222
E-Mail: tamara.frankenberger@leg-nrw.de
URL: www.leg-nrw.de

© ILS NRW, 2006. Alle Rechte vorbehalten.
Diese Veröffentlichung darf - auch auszugsweise und in welcher Form auch immer - nur mit schriftlicher Genehmigung des ILS NRW vervielfältigt werden.

Es ist ausdrücklich untersagt, ohne schriftliche Zustimmung des ILS NRW, Kopien dieser Veröffentlichung oder von Teilen daraus an anderer Stelle öffentlich zu präsentieren (z. B. durch „Spiegeln“ dieser Datei auf anderen WWW-Servern) oder diese inhaltlich zu verändern.
Die Anfertigung einer bestimmten Anzahl gedruckter Kopien für den persönlichen Gebrauch ist unter der Bedingung der korrekten Nennung der Urheberschaft ohne ausdrückliche Genehmigung des ILS NRW gestattet. Dies gilt auch für die Anfertigung einer beschränkten Anzahl gedruckter Kopien, um diese in den Bestand einer öffentlich zugänglichen Bibliothek zu integrieren. Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Autoren und Autorinnen verantwortlich.

Dortmund, September 2006